

BACHELORARBEIT

Herr
Lutz Erdmann

**Vermeidung von Störerkla-
gen gegen Internetportale
von Medienunternehmen**

2014

Vermeidung von Störerklagen gegen Internetportale von Medienunternehmen

Autor/in:
Herr Lutz Erdmann

Studiengang:
Angewandte Medien, Digital Design

Seminargruppe:
AM11sD1-B

Erstprüfer:
Prof. Kurt-Ulrich Mayer

Zweitprüfer:
Prof. Dr. Johannes Handschumacher

Einreichung:
24. June 2014

BACHELOR THESIS

Prevention of liability claims against online portals of me- dia enterprises

author:

Mr. Lutz Erdmann

course of studies:

Applied Media, Digital Design

seminar group:

AM11sD1-B

first examiner:

Prof. Kurt-Ulrich Mayer

second examiner:

Prof. Dr. Johannes Handschumacher

submission:

24 June 2014

Abstrakt

Mit Beginn des neuen Jahrtausends hat sich das Internet eine neue Gestalt angenommen. Mit der Verbreitung des Web2.0 wurde das ehemals statische Inhaltsangebot um nutzer generierten Content erweitert. Dies geschah jedoch nicht ohne auch einige neue Probleme und Fragen mit sich zu bringen. Welche Pflichten ergeben sich aus diesen neuen Möglichkeiten? Wer ist verantwortlich für den nutzer generierten Inhalt auf Internetseiten? Der, der den Inhalt erzeugt oder der, der den Inhalt im Netz verbreitet? Diese und viele weitere Fragen bedürfen einer Antwort. Die vorliegende Arbeit befasst sich daher mit einem der, im Zuge der Entwicklungen, immer häufiger auftretenden Haftungsansprüchen gegen die Betreiber von Onlineportalen: der Störerhaftung und ihrer möglichen Vermeidung. Um die Problematik mit der Störerhaftung zu verstehen empfiehlt es sich zunächst einen Blick auf die verschiedenen Arten von Internetangeboten zu werfen die für eine Störerhaftung in Frage kommen. Danach sollen die rechtlichen Grundlagen und Gesetzmäßigkeiten für eine Störerhaftung betrachtet werden. Dies erlaubt es dann Präventionsmaßnahmen zu identifizieren und aufzuzeigen.

Persönliche Angaben

Lutz Erdmann

Vermeidung von Störerklagen gegen Internetportale von Medienunternehmen

Prevention of liability claims against online portals of media enterprises

Hochschule Mittweida, University of Applied Sciences,
Fakultät Medien, Bachelorarbeit, 45 Seiten, 2014

Inhaltverzeichnis

6	Vorwort
7	Abbildungsverzeichnis
8	Abkürzungsverzeichnis
9	I. Onlineportale von Medienunternehmen
10	1. Internetforen
12	2. Chatrooms
14	3. Weblogs
16	4. Wikis
18	5. Soziale Netzwerke
19	II. Medienunternehmen im Internet
20	1. Journalismus und Internetzeitungen
21	2. Video, Radio und Internet-TV
23	3. Computerspiele
26	III. Die Störerhaftung
27	1. Rechtliche Grundlagen der Störerhaftung
28	2. Prüfungspflichten der Betreiber
31	3. Rechtswidrige Inhalte
35	IV. Maßnahmen zur Vermeidung
36	1. Allgemeine Geschäftsbedingungen
38	2. Haftungsausschluss
40	3. Moderation und administrative Aufsicht
43	4. Automatische Filterverfahren
45	V. Abwägungen zur Zensur
46	Literaturliste
51	Eigenständigkeitserklärung

Vorwort

Mit der immer mehr steigenden Verbreitung des Internets ging in den letzten Jahren auch ein Anstieg von Haftungsansprüchen einher. Durch eine Verbreiterung im Angebot der Kommunikationsmöglichkeiten entstand so auch eine Fülle neuer Probleme für die Rechtsprechung. Die Störerhaftung ist eines der Rechtsmittel welches dabei in jüngster Zeit vermehrt zum Einsatz gekommen ist wenn es um Streitfälle im Netz geht.

Doch wie kann man sich als Betreiber einer Onlineplattform davor schützen in als Störer in Anspruch genommen zu werden? Die Vorliegende Arbeit soll versuchen wirksame Methoden zur Vorbeugung eines Haftungsanspruchs im Rahmen der Störerhaftung beim Betrieb von Internetangeboten vorzubeugen.

Die Problematik der Störerhaftung wurde bereits in der Vergangenheit mehrfach von juristischen Fachkräften in eigenständigen Arbeiten begutachtet und untersucht und wird als solche wohl auch weiterhin Anwälte und Richter beschäftigen. Diese Arbeit erhebt daher nicht den Anspruch einer Arbeit auf dem Niveau einer umfassenden rechtswissenschaftlichen Vollausbildung.

Es bleibt zu erwähnen das es im Bereich des Internetrechts auch in den nächsten Jahren noch einige Veränderungen geben kann und wird, es können also hier also nur zu diesem Zeitpunkt gültige Mittel aufgezeigt werden.

Abbildungsverzeichnis

Seite 13

Abbildung 1: Entwicklung der acht größten Wikipedias

Abkürzungsverzeichnis

Art.	Artikel
Abschn.	Abschnitt
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AOL	America Online
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
E-Mail	Electronic Mail
ESRB	Entertainment Software Rating Board
Hrsg.	Herausgeber
IRC	Internet Relay Chat
MMOG	Massive Multiplayer Online Game
JuSchG	Jugendschutzgesetz
JMStV	Jugendmedienschutz-Staatsvertrag
PEGI	Pan European Game Information
RStV	Rundfunkstaatsvertrag
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
TKG	Telekommunikationsgesetz
TMG	Telemediengesetz
TV	Television (Fernsehen)
UrhG	Urhebergesetz
USK	Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle
Vgl.	Vergleich
WWW	World Wide Web

I. Onlineportale von Medienunternehmen

Im Zuge der Entwicklung des Internets und mit dem Aufkommen des sogenannten **Web2.0** ist es für Unternehmen aller Art, aber vor allem für Medienunternehmen, nahezu unerlässlich im Internet vertreten zu sein. Web2.0 bedeutet hierbei das allerdings nicht mehr nur der Betreiber einer Website das Inhaltsangebot festlegt sondern das auch Nutzer und Besucher einer Website dazu beitragen können. Hierfür haben sich in der Vergangenheit einige besondere Formen des Onlineportals hervorgetan, alle mit ihren Eigenheiten und unterschiedlichen Ausrichtungen im Nutzen für den Kunden.

Allen gemein ist jedoch das sie großen Wert auf Benutzerinteraktion legen, das heißt dass bei diesen Webangeboten die Benutzer eigene Inhalte zu dem Onlineauftritt beitragen, also als Kunden der Medienunternehmen direkt das Angebot mitgestalten. Hierbei macht sich das jeweilige Unternehmen diese erstellten Inhalte zu Eigen in der Verwendung. Dies kann von kommerziell verwertbaren Inhalten wie Videos und umfangreichen Texten bis hin zum simplen Kommentar oder einer persönlichen Meinungsäußerung reichen.

Die Frage Wer in straf- und zivilrechtlichen Fällen, die aus so einer Benutzerinteraktion entstehen können, zur Verantwortung gezogen wird ist nicht immer einfach zu klären. Es existieren verschiedene Konstellationen der Schuldigkeit und die Rechtsprechung verfügt über mehrere Mittel um verschiedene Parteien zur Verantwortung zu ziehen. Eines dieser Mittel ist eben jene Störerhaftung.

Um zu verstehen wie eine Störerhaftungen gegen ein Unternehmen mit einer Onlineplattform zustande kommt ist es zunächst Ratsam sich die verschiedenen, heute gebräuchlichen Arten von Webportalen anzuschauen und zu sehen in welcher Art und Weise die Benutzerinteraktion mit dem Onlinemedium vonstatten geht

1. Internetforen

Diskussionsforen, auch Internetforen oder englisch „*Discussion Boards*“ genannt, sind eine der älteren Kommunikationsmöglichkeiten des Internets und entstanden schon recht früh als eine Möglichkeit für benutzergenerierte Inhalte im Netz.¹

Die meisten Foren sind, in der Regel, einem bestimmtes Thema oder Fachgebiet gewidmet. Dieser Ausrichtung entsprechen dient es als Ort für Diskussionen und Meinungs- und Erfahrungsaustausch, häufig auch mit Zügen soziale Vernetzung und Interaktion zwischen den Benutzern. Hier spricht man oft von einer „*Community*“, vom englischen Wort für Gemeinschaft. Ein solches Gemeinschaftsgefühl der Benutzer findet sich auch häufig bei anderen Sozial-Media Werkzeugen wie sozialen Netzwerken etc.

Entwickelt haben sich die Internetforen in ihrer heutigen Form mit der weiten Verbreitung des Internets aus dem sogenannten Usenet. Das Usenet stellt einen eigenständigen Dienst des Internets neben dem „*World Wide Web*“ dar. Über das Usenet konnte sich also bereits vorher im Form von Diskussionen und Artikeln ausgetauscht werden. Mit der weiten Verbreitung des WWW und der zunehmenden Auslagerung von solchen Diensten auf Webseiten die per Browser zu erreichen sind, sankt auch die Attraktivität des Usenet und Webforen erlangten immer größere Beliebtheit. Vor der Verbreitung der sozialen Netzwerke waren Internetforen, besonders im Bereich IT, eines der Instrumente zur Kundenbindung und Gewinnung von Feedback, vor allem durch das Formen einer gemeinsamen Gemeinschaft der mit dem freien Ideenaustausch einher geht.

Heutige Foren sind meist web-basiert, das heißt sie benötigen keine eigenständige Software mehr wie das Usenet sondern lassen sich wie normale Website mit einem Browser besuchen. Für das Betreiben solcher Webforen existiert mittlerweile eine Sammlung von vorgefertigten Softwarepaketen die alle nötigen Inhalte zum Einrichten eines Forums beinhalten. Die Verwaltung eines Forums erfordert in der Regel keine größeren Fachkenntnisse im Bereich Webprogrammierung oder ähnliches da alle nötigen Funktionen über eine Benutzeroberfläche auch für Laien zugänglich gemacht werden.

Ein Forum besteht, neben dem Thema dem es gewidmet ist, häufig aus mehreren Untergruppen die den verschiedenen Teilaspekten gewidmet sind. In diesen können die Benutzer dann entsprechende Diskussionsthemen erstellen und andere Benutzer diese mit eigenen Beiträgen beantworten und sich so untereinander austauschen. Diese Ketten von Beiträgen zu einem Diskussionsthema nennt man üblicherweise auch „*Thread*“ von englischen Wirt für „Faden“, es entsteht quasi ein Diskussionsfaden aus Antworten. Um die Konsistenz und einen zivilisierten Austausch der Diskussionsteilnehmer zu gewährleisten ist, wie auch bei realen Diskussionsrunden üblich, ein gewisses Maß an Moderation (in diesem Zusammenhang auch oft nur als „**Mod**“ bezeichnet) nötig.²

Hierfür werden in der Regel spezielle Mitglieder des Forums abgestellt die eben die-

¹ Vgl.:Tiem Forum(Hrsg.): The history of internet forums: How did they become so popular?, <http://www.tiemforum.com/the-history-of-forums.php> (Zugriff: 02.06.2014)

² Vgl.: Claudia Meindl: Moderator werden ist nicht schwer, Moderator sein dagegen sehr, Alphanodes.de, 02.05.2006, <http://alphanodes.de/moderator-nicht-schwer-moderator-sein-dagegen-sehr> (Zugriff: 02.06.2014)

se Aufgabe als „**Moderator**“ ausüben. Ein Moderator unterscheidet sich von normalen Benutzern dadurch, dass er mit beschränkt administrativen Rechten und Möglichkeiten ausgestattet ist. Er kann Threads üblicherweise verschieben, sollten sie sich zum Beispiel im falschen Bereich abspielen, kann Themen beenden, sodass Benutzer keine neuen Beiträge in einem Thread erstellen können, oder diese Entscheidung wieder rückgängig machen sollte es die Situation erfordern. Meist steht ihm auch die Möglichkeit zur Verfügung, Beiträge aus Diskussionen in ein eigenes Thema auszugliedern, sollte sich zum Beispiel aus einer Diskussion ein verfolgungswerter Nebenstrang zur Diskussion ergeben, oder kann umgekehrt zwei Threads mit dem selben Inhalt zu einem verbinden. Ferner steht den Moderatoren meist auch die Möglichkeit zur Verfügung, Benutzer für Fehlverhalten zu tadeln oder aus dem Forum auszuschließen, bei wiederholtem, mutwilligen Fehlverhalten etwa. Den Moderatoren steht meist noch eine Gruppe vor, die sogenannten Administratoren (auch oft nur „**Admin**“ genannt). Dieser Rang in der Benutzerhierarchie wird üblicherweise von den Betreibern des Forums begleitet und hat meist eher eine, wie der Name verdeutlicht, administrative Funktion wie etwa die technische Betreuung der Forensoftware oder ähnliches. Diese Gruppe kann auch mit der der Moderatoren identisch sein, je nachdem, wie viele Personen zur Betreuung des Forums zur Verfügung stehen. Wer als Mod bzw. Admin eingesetzt wird, obliegt generell dem Betreiber. Bei Foren, die von Unternehmen betrieben werden, existiert meist ein Mitarbeiter der Öffentlichkeitsarbeit, der als sogenannter „**Community Manager**“ die Leitung eines Forums (und auch anderer Kommunikationskanäle wie Sozial-Media etc.), als Moderator oder Admin übernimmt.

Darüber hinaus können, je nach Firmenphilosophie, auch Mitglieder der Community, die nicht Angestellte des Foreninhabers sind, als Moderator eingesetzt werden. Dies geschieht meist ehrenamtlich auf Basis freiwilliger Initiative.

Wegen ihrer relativ großen Verbreitung hat sich auch der umgangssprachliche Begriff Forenhaftung für Rechtsstreitigkeiten in diesem Zusammenhang ergeben.³ Dabei geht es häufiger um Verfügungen gegen Betreiber und Nutzer aufgrund von rechtsverletzenden Inhalten. Auch Störerhaftungen sind hier häufig zu finden, da Kundenpartizipation ein wichtiger Teil bei Internetforen ist, woraus sich wiederum auch mehr Möglichkeiten für Rechtsverstöße ergeben.

³ Vgl.: Dr. Stephan Ott; Forenhaftung – Ein Guide für Webmaster, Links & Law, 2010, <http://www.linksandlaw.de/forenhaftung-tmg.htm> (Zugriff: 02.06.2014)

2. Chatrooms

Ein **Chatroom**, teilweise auch nur als **Chat** bezeichnet, ist eine Form der Echtzeitkommunikation im Internet. Ein „*Chat*“ (englisch für *Gespräch*) läuft, in seiner klassischen Form meist textbasiert ab, es existieren aber auch neuere Plattformen wie Video oder Sprach-Chatrooms.

Ein Chatroom beschreibt allgemein einen virtuellen Treffpunkt an dem sich die Teilnehmer des Chats zusammenfinden und gegenseitig austauschen können. Häufig ist ein Chatroom einem Thema oder Themenbereich gewidmet.

In Abgrenzung zu vielen anderen Kommunikationsplattformen im Internet läuft ein Chat ohne effektive Verzögerung ab da alle Teilnehmer zeitgleich anwesend sein müssen, wohingegen bei anderen Formen, wie einem Onlineforum, keine zeitgleiche Nutzung nötig ist.

Für Chats gibt es viele Anwendungsmöglichkeiten, von einfachen Chatrooms im Internet zum Meinungs- und Gedankenaustausch haben sich Chats und Chatrooms auch mit anderen Anwendungsbereichen etabliert. So dienen sie häufig als einfaches Kommunikationsmittel in Videospielen oder werden von Kundendiensten für die Onlinebetreuung von Kunden verwendet.

Chatrooms existieren seit den 1980er Jahren in verschiedensten Formen, eine der auch heute noch gebräuchlichsten Formen ist der **Internet Relay Chat**.⁴ Dieser ist eine Sammlung von Internetprotokollen zur Kommunikation und kann sowohl als über ein eigenständiges Programm genutzt werden als auch durch einen Browser.

Daneben haben sich mittlerweile zahlreiche, reine webbasierte Chatrooms etabliert die einfach in Internetseiten integriert werden können. Diese benötigen in der Regel keine weitere Software und können normal als Website aufgerufen werden. Solche Webchats sind in der Regel frei zugänglich, es wird meist kein registriertes Benutzerkonto oder ähnliches benötigt.

Neben diesen gibt es noch weitere Erscheinungsform des Chats sowie Hybridformen mit anderen Kommunikationsmitteln des Internets.⁵ Eine weitverbreitete Form ist zum Beispiel das sogenannten **Instant-Messaging**, auch als **IM** abgekürzt. Hier handelt es sich um eine Art Hybrid zwischen Chatroom und E-Mail. Ein IM-Chat findet üblicherweise direkt zwischen zwei Onlinekontakten statt, ähnlich der Email, jedoch umgehend und ohne Zeitverzögerung, ähnlich dem Chat. Instant-Messaging erfordert üblicherweise eine eigene Software, manche Websites wie Soziale Netzwerke wie Facebook, vKontakte oder VZ-Netzwerke verfügen jedoch über ein internes Nachrichtensystem in der Art eines IM. Für die Benutzung eines Instant-Messagers ist häufig das Anlegen eines Benutzeraccounts nötig damit mit andern Benutzern Kontakt aufgenommen werden kann, viele Chatrooms hingegen benötigen nur einen selbstgewählten Nickname, eine

⁴ Vgl.: Jens Runkehl, Geschichte von Chat vs. Internet, Mediensprache.net, <https://www.mediensprache.net/de/websprache/chat/history/> (Zugriff 31.05.2014)

⁵ Vgl.: Universität Oldenburg (Hrsg.), Entwicklung sozialer Netze - Chatten, Informatik und Gesellschaft 2010 <http://www.informatik.uni-oldenburg.de/~iug10/sn/html/content/chatten.html> (Zugriff: 31.05.2014)

Registrierung ist hier jedoch nicht immer notwendig.

Eine weitere Form des Chats sind Video- und Sprach-Chats. Auch hier gibt es sowohl web-gestützte Angebote die, neben der entsprechen Peripheriehardware wie Webcam oder Mikrophon, nur einen Browser benötigen – oder eben über eigenständige Software funktionieren.

Bekannte Programme für Sprachchats sind unter anderem **Teamspeak**, **Ventrillo** und das Open-Source Programm **Mumble**. Diese Programme funktionieren über ein Client-Server Prinzip, es wird also ein Rechner im Internet benötigt der den Dienst bereitstellt und mit dem sich die Benutzer verbinden um an Gruppengesprächen teilzunehmen. Diese Sprachchats beinhalten darüber hinaus meistens auch eine Funktion für Text-Chats.

Videochats hingegen sind meist in einer IM-ähnlichen Form wie bei der Website Chatroulette.com anzutreffen, aber auch hier bestehen Lösungen für Videokonferenzen, allen voran TeamViewer.

3. Weblogs

Weblogs, oder auch nur als **Blog** bezeichnet, sind eine Art persönliches Internettagebuch oder Journal. Der Begriff Weblog setzt sich aus den englischen Begriffen *Web*, für World Wide Web und *Log*, für Logbuch, zusammen.

Vorläufer des Blogs entstanden bereits vereinzelt während der Neunziger als Internettagebücher.⁶ Um die Jahrtausendwende herum begannen Blogs international immer mehr Anklang in der Netzgemeinde zu finden. Ein Blog ermöglicht es seinem Benutzer auf einfache Art und Weise seine Gedanken, Erfahrungen und andere Informationen zu veröffentlichen. Die meisten Blogs sind, als Kommunikationsmedium oder einfach nur als Plattform der Selbstdarstellung, frei einsehbar. Blogs können entweder selbst auf einer eigenen Webdomain betrieben werden oder bei einem Drittanbieter gehostet werden. Bekannteste Drittanbieter von Blog-Diensten sind **Wordpress**, **Blogger.com** und **Tumblr**. Bei diesen Dienstleistungen stellen die Anbieter dem Blogger den Server sowie die Software zur Verfügung, der Inhaber muss das Blog nur noch mit Inhalten füllen. Bei selbstgehosteten Blogs muss der Betreiber Software und Webserver selbst bereitstellen und betreuen.

Das Betreiben von Blogs ist nicht nur für Privatpersonen oder Gruppen solcher interessant, sondern durchaus auch ein mögliches Werkzeug für Öffentlichkeitsarbeit. Blogs sind von der Art ihrer Software eng verwandt mit **Content Management Systemen**, daher eignen sie sich zum Beispiel für das Veröffentlichen von Neuigkeiten und öffentlichen Mitteilungen auf der unternehmenseigenen Website. Durch die Flexibilität moderner Webgestaltung lassen sich Blogs meist recht einfach einbinden um so mit ihnen die Attraktivität einer Internetpräsenz zu erhöhen.

Weblogs fallen unter das Telemediengesetz, das heißt Betreiber, also in der Regel die Autoren eines Blogs, sind zu einer gewissen Kennzeichnungspflicht angehalten.⁷ Wird ein Blog geschäftlich betrieben muss daher ein Impressum für den Blog geführt werden. Bei einem vom Autor privat gehosteten Blog ist dieser auch für die Kontrolle der Inhalte zuständig. Erlaubt er also Inhalte von anderen Nutzern, zum Beispiel über Kommentarfunktionen, kann er für eine Störerhaftung in Betracht kommen, wenn er Kenntnis von einer Rechtsverletzung durch einen Dritten erlangt und nicht einschreitet.

Bei Blogs die über Bloggingdienste betrieben werden ist hier zusätzlich der Dienstleistungsanbieter ein mögliches Ziel für Haftungsansprüche, nämlich dann, wenn der Autor eines Blogs selbst Verursacher der Rechtsverletzung ist oder sich weigert eine Rechtsverletzung zu beheben.

Eine neuere Erscheinungsform des Blogs sind sogenannte Video-Blogs, oder Vlogs. Hier wird der Inhalt in Form eines Videos im Internet bereitgestellt. Eine weitere Form

⁶ Daniela Warndorf: Die Geschichte des Weblogs, Warndorf Kommunikation, 06.08.2012, <http://www.warndorf.com/2012/08/die-geschichte-des-weblogs/> (Zugriff: 01.06.2014)

⁷ Simon Assion: 5 Fragen zu Impressumspflichten in Weblogs, Telemedicus.info, 16.06.2007 <http://www.telemedicus.info/article/259-5-Fragen-zu-Impressumspflichten-in-Weblogs.html> (Zugriff: 01.06.2014)

des Blogs ist der sogenannte Podcast. Dies ist ein Blogartikel in gesprochener Form. Beide Arten können sowohl auf der eigenen Website bereitgestellt oder über Drittanbieter verteilt werden. Vlogs werden häufig über Streamingportale wie **YouTube** oder **Vimeo** als Video-on-Demand angeboten, für reine Tondokumente existieren daneben noch Anbieter wie **Soundcloud**.

4. Wikis

Die sogenannten „**Wikis**“ sind Internetenzyklopädien die in den 1990ern entstanden und kurz nach der Jahrtausendwende enorm an Popularität gewannen. Bekannteste dieser Enzyklopädien ist die Wikipedia.⁸

Das Wort Wiki ist hawaiianisch und bedeutet „schnell“. Es wurde von Ward Cunningham nach einem Aufenthalt in Hawaii ausgewählt und sollte auf die einfache Benutzbarkeit hinweisen.

Die **Wikipedia** kann dabei von jeder Person mit einem Internetzugang und Browser bearbeitet und erweitert werden. Bis heute sind allein mehr als 1 Million Artikel in der deutschsprachigen Version der Wikipedia erschienen.⁹

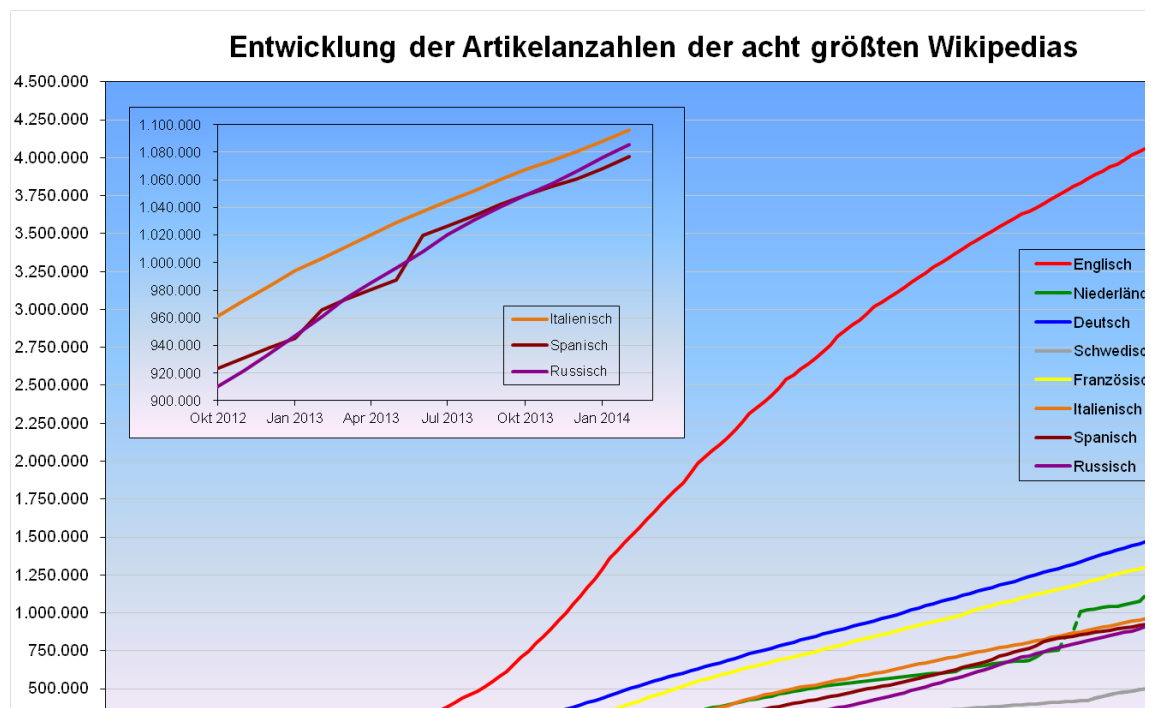


Abbildung 1: Entwicklung der acht größten Wikipedias¹⁰

Die sogenannten Wikis stellen heute meist ein Grundgerüst für das Erstellen von Wissensdatenbanken bereit. Diese sind als freie Software verfügbar und können von jedem für eigene Projekte, öffentlich oder geschlossen, benutzt werden. So werden Wikis zum Beispiel von Unternehmen für Produkte, Dienstleistungen etc. eingerichtet werden. Häufig finden sich auch von Privatpersonen Wikis die rund um Hobbys und auch als Hobby betrieben werden.

⁸ Vgl.: Maximilian Sterz: Kollektives Schreiben – 4.1 Geschichte der Wikipedia; netzthemen.de <http://www.netzthemen.de/sterz-wikipedia/4-1-geschichte-und-entwicklung> (Zugriff: 03.06.2014)

⁹ Wikimedia Project (Hrsg.): Statistik der deutschen Wikipedia, <http://de.wikipedia.org/wiki/Spezial:Statistik> (Zugriff: 03.06.2014)

¹⁰ Wikimedia Project (Hrsg.): File:Entwicklung der Artikelanzahlen der acht größten Wikipedias.png, <http://de.wikipedia.org/wiki/Wikipedia:Statistik> (Zugriff: 03.06.2014)

Bekannte Softwarelösungen für Wikis sind **Mediawiki**, mit dem die Wikipedia umgesetzt ist und **Wikia**.

Da ein öffentliches Wiki in der Regel jedem Benutzer die Möglichkeit zur Bearbeitung und Erweiterung der Inhalte bietet, ergeben sich auch hier potenzielle Ansatzpunkte für rechtliche Konsequenzen für den Betreiber im Rahmen einer Störerhaftung oder Unterlassungsklage.

5. Soziale Netzwerke

Der Begriff „**soziale Netzwerke**“ beschreibt, im Hinblick auf Onlinemedien, eine Plattform bei der die Anwender eigene Benutzerkonten anlegen und diese mit anderen Bekanntschaften verbinden können.¹¹ Die so entstehenden Querverweise bilden eine Vernetzung, aufbauend auf dem sozialen Umfeld der Benutzer.

Viele Arten von Onlineportalen können als soziales Netzwerk gesehen werden, zum Beispiel Blogs und Microblogging-Dienste wie **Twitter**, aber auch Internetforen können dieser Definition gerecht werden. Am gebräuchlichsten ist die Bezeichnung jedoch für **Kontaktnetzwerke** wie **Facebook.com**, **Xing.com** oder **LinkedIn.com**.

Der Anreiz an sozialen Netzwerken ist meist die einfache Kontaktpflege und Übersichtlichkeit, auch bei größeren Bekanntenkreisen. Teilnehmer dieses sozialen Internetmediums können auf einfache Weise Nachrichten und Informationen teilen und weiter verbreiten. Das größte Kontaktnetzwerk zur Zeit ist Facebook mit mehr als einer Milliarde Nutzer.¹²

Auch für Unternehmen sind soziale Netzwerke interessant als Werbemittel und Werkzeug der Öffentlichkeitsarbeit interessant, da hier viele Menschen erreicht werden und zielgerichtet geworben werden kann. Hinzu kommt dass das Weitertragen von Informationen, also auch Werbung, einfach und unkompliziert von statten geht.

Neben dem Erstellen eines Profils der eigenen Person und dem verbinden mit anderen Nutzern können auch Kontaktnetzwerke Merkmale von anderen Onlineplattformen beinhalten. So bieten sie die Möglichkeit private Direktnachrichten auszutauschen, ähnlich wie E-Mail oder Instant-Messaging-Dienste. Auch geben sie eine Funktion zum Verbreiten von verschiedensten Inhalten, ähnlich wie Blogs. Diese können in der Regel privat geschaltet sein, nur für zugelassene Kontakte angezeigt oder oft auch komplett öffentlich angezeigt werden, also auch jeder anderen Person im Internet, auch ohne Benutzerkonto bei der entsprechenden Plattform.

¹¹ Springer Gabler Verlag (Hrsg.), Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Soziales Netzwerk, online im Internet, <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/1020869/soziales-netzwerk-v4.html> (Zugriff: 31.05.2014)

¹² Facebook Inc. (Hrsg.), Investor Relations - Facebook Reports Fourth Quarter and Full Year 2013 Results, 29. Januar 2014 <http://investor.fb.com/releasedetail.cfm?ReleaseID=821954> (Zugriff: 31.05.2014)

II. Medienunternehmen im Internet

Neben den eigentlichen Arten von Onlineportalen ist es notwendig auch einen Blick auf die verschiedenen Arten von Medienunternehmungen im Netz zu werfen.

Relevant für die Betrachtung in dieser Arbeit sind vor allem diejenigen welche interaktiven, digitalen Angebote im Internet bieten.

Chats und Internetforen wurden bereits als Onlineplattform im letzten Abschnitt betrachtet. Beide Plattformen lassen sich neben der technischen Einteilung auch als Geschäftsmodell verstehen, erfahren aber dabei keine weiteren Veränderungen unter diesen Gesichtspunkten, so dass sich eine weitere Betrachtung in diesem Abschnitt erübrigt.

Emails und Internettelefonie lassen sich zwar ebenfalls als Medium klassifizieren, sind beide jedoch eher den Telekommunikationsdiensten als den Telemedien zuzurechnen und daher für die Betrachtung in dieser Arbeit ebenfalls weniger relevant.

Derzeit gibt es zwar noch Fragen hinsichtlich des Telekommunikationsgeheimnisses und seine Anwendung auf diese beiden Telekommunikationsdienste, man kann aber davon ausgehen dass Haftungsansprüche wie eine Störerhaftung eher unwahrscheinlich sind, da es sich daneben auch noch um geschlossene Kommunikation handelt, also sich privat zwischen den Kommunikationsteilnehmern abspielt. Die Telekommunikationsdienstleister stellen nur den Dienst zur Verfügung, machen sich den jeweiligen Inhalt jedoch nicht zu Eigen.

Weitere Geschäftsmodelle, die mit den neuen Medien entstanden sind, wären zum einen die Datenverwaltung, zum anderen die Plattformen für den Internethandel.

In den Bereich der Datenverwaltung können sowohl Webseiten für das Speichern von Daten im Internet so wie Tauschbörsen für Dateien fallen. Webseiten die das Lagern und Verwalten von Daten im Internet anbieten sind keine Medienunternehmen im klassischen Sinne da sie keine eigenen Medienprodukte herstellen oder vertreiben, lediglich den Speicherplatz. Ebenfalls ist fraglich in wie fern sich diese Seiten die von den Benutzern eingestellten Inhalte zu Eigen machen. Zumindest im Rahmen von Raubkopien sind jedoch Klagen im Rahmen von Urheber- und Vervielfältigungsrecht durchaus möglich. Bei Datentauschbörsen verhält sich die Situation ähnlich, die Problematik des Filesharings würde jedoch den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

Neben diesen haben sich aber auch eigenständige, kommerzielle Handelsplattformen von und für Medieninhalte etabliert. Im Sinne dieser Arbeit werden solche Vertriebsplattformen betrachtet die sich gezielt Medien anbieten. So gibt es zur Unterscheidung davon auch allgemeine Verkaufsplattformen wie eBay oder Amazon, in der Kunden Rezensionen für Händler oder Artikel hinterlassen können. Man kann hier davon ausgehen dass der Händler sich diese zu Eigen macht, was wiederum Grundlage für Störerhandlungen gesehen werden kann.

Als relevante Vertriebsplattformen sollen solche für Medienprodukte wie Computerspiele oder Video-On-Demand etc. gesehen werden.

1. Journalismus und Internetzeitungen

Der Onlinejournalismus ist heute aus dem Internet nicht mehr wegzudenken. Egal ob freischaffende Autoren oder Onlineausgaben von traditionellen Printmedien oder Fernsehmagazinen, ein Großteil die Verbreitung von Nachrichten hat im Internet eine neue Bedeutung gewonnen. Noch nie war es möglich so schnell und einfach Informationen und Berichte einem so großes Publikum zugänglich zu machen.

Für Onlinemedien mit einem journalistischem Betätigungsfeld gelten, wie für analoge Medien, Richtlinien wie sie der Rundfunkstaatsvertrag festlegt. Dazu zählen zum Beispiel eine Impressumspflicht¹³, eine Sorgfaltspflicht¹⁴ oder die Pflicht zur Gegendarstellung¹⁵.

Den Redakteuren steht nach § 53 Abs.1 Nr. 5 StPO auch das Zeugnisverweigerungsrecht zum Schutz journalistischen Quellen zu. Dies schließt jedoch nicht automatisch die Benutzer und Besucher der Internetplattformen und deren Beiträge ein. So mussten in den vergangenen Jahren mindestens zwei Onlinezeitungen Daten von Nutzern auf Grund von Beschwerden wegen Kommentaren herausgeben.^{16 17}

In einem Fall handelt es sich um ein Bewertungsportal für Ärzte und Kliniken, bei dem Nutzer anonym Bewertungen für diese abgeben können. Hier kam es zu einer Ermittlung wegen „übler Nachrede“ aufgrund eines Nutzerbeitrages. Da sich der betreffende Redakteur der Seite weigerte die Identität des Nutzers offenzulegen, entschied sich das zuständige Landgericht Duisburg den Redakteur in Beugehaft zu nehmen.

Im anderen Fall musste die Augsburger Zeitung die Daten eines Nutzers ihres Internetforums herausgeben nachdem eine betroffene Person, der damalige Augsburger Ordnungsreferent, wegen auf eine „ehrverletzende Äußerung“ geklagt hatte. Es bleibt also anzunehmen das Inhalte auf journalistisch-redaktionellen Plattformen, die nicht von Redakteuren stammen, nicht automatisch als Quellen gelten, auch wenn die betreffende Plattform sich diese Beiträge im rechtlichen Sinne zu Eigen macht und es eine Sorgfaltspflicht besteht. Daraus ergibt sich das von Nutzern selbst eingestellte Inhalte nicht etwa als Leserbriefe gelten.

13 Vgl.: § 55 Abs. 2 RStV der BRD in der 15. Fassung von 2010

14 Vgl.: § 54 Abs. 2 RStV der BRD in der 15. Fassung von 2010

15 Vgl.: § 56 RStV der BRD in der 15. Fassung von 2010

16 Jens Ihlenfeld: Zeitung muss Daten eines Forennutzers herausgeben, bei: golem.de vom 29.1.2013: <http://www.golem.de/news/augsburger-allgemeine-zeitung-muss-daten-eines-forennutzers-herausgeben-1301-97206.html> (Zugriff: 24.05.2014)

17 Bodo Malsch: Onlineredakteur muss wegen Aussageverweigerung in Beugehaft, bei: WAZ Online vom 3.5.2013: <http://www.derwesten.de/staedte/duisburg/online-redakteur-muss-wegen-aussageverweigerung-in-beugehaft-id7914860.html> (Zugriff: 16.06.2014)

2. Video, Radio und Internet-TV

Neben den Printmedien hat auch die Landschaft der audiovisuellen Medien eine Veränderung durch die Entwicklung des Internets erfahren. So bieten mittlerweile viel Radio- und Fernsehsender Onlinestreams ihrer laufenden Programme an oder stellen Mediatheken für den gezielten Abruf von einzelnen Inhalten bereit. Daneben gibt es auch eigenständige Plattformen die sich als digitale Videothek verstehen und Medien direkt vertreiben.

Der Direktvertrieb von Filmen, Serien etc. wird allgemein als **Video-on-Demand** beschrieben. Das Angebot umfasst meist mehrere Arten von Nutzungsmöglichkeiten. Vom vollwertigen Kauf bis hin zur zeitlich begrenzten Nutzung werden den Kunden dabei verschiedene Optionen geboten.

Video-on-Demand bedeutet hier das die Nutzer direkt die von ihnen gewünschten Inhalte beziehen können ohne sich dabei zum Beispiel nach einem Programmplan des Anbieters richten zu müssen.

Im Gegensatz zu den Video-on-Demand Plattformen, die den direkten Abruf von bestimmten Inhalten anbieten, bieten viele private Fernsehsender mittlerweile auch eine online verfügbare Variante ihres Programms an. Dies erfolgt in der Regel als Livestream, das heißt das Programm wird zum Zeitpunkt seiner Ausstrahlung auch im Internet übertragen. Ein weiterer Unterschied ist, das bei einem Stream die Daten lediglich im Zwischenspeicher des Programms/Computers verbleiben, wo im Gegensatz dazu bei einem Download in der Regel eine nachhaltige Datei auf dem Rechner verbleibt. Darüber hinaus ist es jedoch auch nicht unüblich auch ein Video-on-Demand Angebot, etwa für vergangene Sendungen, bereitzustellen. Ob diese Angebote kommerziell oder kostenfrei zugänglich sind ist in der Regel den Sendern überlassen.

Für die öffentlich-rechtlichen Sender der BRD gibt es hierbei besondere Regelungen was etwa die Dauer der Bereitstellung angeht.¹⁸

Als Störer kommen die Plattformen selber nur dann in Betracht wenn sie entweder durch ihr Angebot an sich bestehendes Recht verletzen, oder wenn Nutzerinteraktionen auf der Plattform, wie zum Beispiel bei einem Forum oder Kommentarspalten, einräumt werden und es zu einem Missbrauch dieser kommt.

Rechtsverletzende Inhalte (zum Beispiel gegen JuSchG und JMStV) sind, durch die recht strenge Programmaufsicht der alle öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehsender in Deutschland unterliegen, recht unwahrscheinlich. Gleiches gilt für Verstöße gegen das Urheberrecht (Störer im Sinne von §97 UrhG), also zum Beispiel das Senden von Inhalten für die keine Erlaubnis vom Rechteinhaber vorliegt.

Daneben gibt es auch unabhängige Anbieter von Streamingdiensten, welche keine eigenen Inhalte sondern nur die Möglichkeit zum Datenstream an sich anbieten. Hier können

18

Vgl.: RstV in der Fassung vom 01.01.2013 1. Abschnitt §11d Telemedien

Benutzer selber Inhalte zumeist in Echtzeit ins Internet übertragen. Hierbei ergeben sich ganz eigene neue Möglichkeiten zur Generierung von Inhalten im Internet, aber damit auch Rechtsfragen.

Auf solchen Plattformen kann zum Beispiel, nicht immer rechtskonform, eine technische Weiterleitung von analogen oder digitalen Fernsehangeboten vornehmen oder zumindest ermöglichen.¹⁹ Die Absicht ist hier entweder sich über das Angebot anderer selbst zu bereichern, etwa durch geschaltete Werbung auf der Website, oder schlicht um vom Urheber bzw. Eigentümer erhobene, kommerzielle Zugangsbeschränkungen zu umgehen und die Inhalte kostenfrei und uneingeschränkt anzubieten. Hierbei handelt es sich dann um eine Störung im Sinne

Eine Störerhaftung, außerhalb des UrhG, kann hier erfolgen wenn es sich bei der Plattform lediglich um einen Serviceanbieter handelt, etwa **Livestream.com** oder **Twitch.tv** welche lediglich die technische Infrastruktur bereitstellen, und die rechtlich zu beanstandenden Handlungen von Nutzern vorgenommen werden.

Der Bereich der Internetradios gestaltet sich sehr ähnlich dem des Onlinefernsehens. Für den Betrieb eines Internetradios ist zwar keine Zulassung notwendig, er muss jedoch in der Regel bei der jeweiligen Landesmedienanstalt angezeigt werden. Hier bestehen allerdings landesspezifische Regelungen ab wann dies nötig wird, etwa ab welcher Reichweiten zum Beispiel.²⁰ Darüber hinaus fallen, je nach Programminhalt, auch Abgaben und Gebühren an die GEMA und die GVL an.

Internetradios kann man grob unterscheiden in Internetradios im direkten Sinne, bei der die Übertragung nur über das Internet stattfindet, und in Radiostreams welche von regulären Rundfunkanstalten zur Angebotserweiterung bereitgestellt werden.

Ein dem Internetradio nahestehendes, eher neueres Medium des Internets ist der Podcast. Als Abgrenzungsmerkmal zwischen beiden kann man festlegen das ein Internetradio in der Regel seinen Inhalt primär in Echtzeit sendet, ein Podcast seinerseits als fertige Aufzeichnung bereitgestellt wird.

¹⁹ Vgl.: The-Khoa Nguyen: FIFA schickt Abmahnungen wegen illegalen Livestreams, PC-Magazin Onlineausgabe vom 13.06.2014; <http://www.pc-magazin.de/news/wm-live-stream-2014-illegal-abmahnung-torrentfreak-2371731.html> (Zugriff: 17.06.2014)

²⁰ Vgl.: Genehmigung für Internetradio Angebote der Bayrischen Landesmedienanstalt, 1.6.2009; http://www.blm.de/de/pub/radio_tv/radioprogramme/internet_radio.cfm (Zugriff: 17.06.2014)

3. Computerspiele

Der Bereich der interaktiven Unterhaltungsmedien im Internet ist in seiner Fülle kaum einzugrenzen. Im Sinne dieser Arbeit fällt die Betrachtung daher zunächst allgemeine Kommunikationsmittel und gegebene Interaktionsmöglichkeiten innerhalb dieses Mediums, ferner die Spielinhalte und -prinzipien.

Online-Computerspiele können, in sich, einen Mikrokosmos von Interaktionsmöglichkeiten mit dem Medium und gegebenenfalls auch mit anderen Spielern bergen. Bietet das Spiel eine direkte Möglichkeit zur Interaktion zwischen zwei oder mehr Spielern über das Internet spricht man hier in der Regel von einem Mehrspielerspiel, oder, falls das Spiel sowohl die Möglichkeit zur Einzel- als auch zur Mehrspielererfahrung bietet, von einem Mehrspielermodus. Analog dazu findet sich auch häufig die Bezeichnung „Multiplayer“. Grob vereinfacht bieten diese Mehrspielerspiele die Möglichkeit für mehrere Spieler sowohl miteinander als auch gegeneinander zu spielen um verschiedene Spielziele zu erreichen. Diese Art von Interaktion bedingt daher auch einen Kanon von Kommunikationsmöglichkeiten zwischen den Spielern, sei es zur Koordination beim Spielablauf oder als Element der sozialen Interaktion unter den Spielern einer Community.

Ein Mehrspielerspiel kann von zwei Spieler bis hin zu, je nach zur Verfügung stehenden technischen Mitteln, mehreren hundert Spielern einen Kommunikations- und Interaktionsraum bieten. Man spricht bei letzteren von Massive-Multiplayer-Online-Games, **MMOGs**. Häufig bieten diese MMOGs den Spielern eine persistente Spielwelt die sich die Spieler teilen und, unabhängig davon, aufrechterhalten bleibt egal ob ein Spieler das Spiel gerade spielt oder nicht. Als größte, persistente Spielwelt gilt derzeit die des Onlinespiels „*Second Life*“ (englisch etwa „zweites Leben“) mit nach eigenen Angaben rund 36 Millionen registrierter Benutzer, von denen rund um die Uhr ca. 30.000 bis 60.000 in der Spielwelt anwesend sind. Durch das relativ offene Spielprinzip und die Möglichkeit eigene Inhalte in die Spielwelt zu bringen und anderen Spielern zur Verfügung zu stellen. Da der Schwerpunkt bei Second Life auf der sozialen Interaktion liegt existiert von Spiel kein als solches vorgegebenes Spielziel, die Benutzer gestalten und organisieren ihr Spielerlebnis selbst, man bezeichnet dieses Spielprinzip gemeinhin als „*Sand-Box*“-Spiel, abgeleitet vom englischen Wort für „Sandkasten“, da die Spieler hier ihrer Phantasie und Kreativität freien Lauf lassen und die Welt selber gestalten können. Das Spiel stellt hierbei lediglich die Grundlagen und Werkzeuge zur Verfügung. Diese hohe Grad an Benutzerinteraktion zwischen den Spielern bzw. Spielern und der Spielwelt birgt natürlich ebenfalls auch einige Risiken und Möglichkeiten für den Missbrauch und die entsprechenden rechtlichen Konsequenzen.

Second Life stellt damit eine sehr fortgeschrittene Variante der interaktiven virtuellen Realität dar. Ungeachtet dessen ist auch bei weniger komplexer interaktiven Unterhaltungssoftware davon auszugehen dass Nutzerinteraktion und benutzergenerierte Content potenziell Probleme mit sich bringt.

Die eigentlichen Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Spielern in den Spielen kann

man wiederum von den bisherig vorgestellten Kommunikationsmitteln im Internet ableiten. Technisch sind Spiele heute in der Lage fast alle Arten anzubieten, von Text- und Sprachchats bis hin zu persistenten Methoden der Kommunikation wie virtuelle Briefe oder Diskussionsforen innerhalb des Spiels ist alles umsetzbar.

Darüber hinaus zeichnen sich Entwicklungen ab die andeuten die Grenzen zwischen interner Interaktion und externer Interaktion, also über das Internet außerhalb des Spiels, in Zukunft weiter aufzubrechen. So ist es, zum Beispiel, durchaus denkbar Spielern die Möglichkeit zu bieten das virtuelle Postfach innerhalb des Spiels auch außerhalb des Spiels abrufen zu können. Diese „Trans-Interaktion“ von Spielern im Spiel und Personen außerhalb der Spielumgebung ist zu diesem Zeitpunkt zwar noch recht selten vertreten, bietet aber aus Sicht der Spielentwickler neue, attraktive Gestaltungsmöglichkeiten für künftige Spielelemente. So kann man mit der entsprechenden Plattform zum Beispiel eine Spiel-externen Beeinflussung des Spielerlebnisses ermöglichen.²¹ Das Spiel „Daylight“ des amerikanischen Entwicklerstudios Zombie Studios bietet zum Beispiel die Möglichkeit, dass Spieler das Spielgeschehen live während des Spielens in Kooperation mit dem Onlinestreamingportal Twitch.tv als Videostream zu übertragen. Twitch.tv bietet auf ihrer Website wiederum den Zuschauern einer Übertragung die Möglichkeit sich untereinander via eines Chatrooms zu unterhalten. Werden nun bestimmte Schlüsselwörter in diesem Chatroom verwendet, lösen diese wiederum einen Effekt innerhalb der übertragenen Spielpartie aus.

Momentan ist zwar noch schwer einzuschätzen wie weitreichend solche „transzendenten“ Spielelemente in Zukunft Verwendung finden werden, es ist jedoch damit zu rechnen das diese neue Art der Nutzerinteraktion in neuen Spielkonzepten und -elementen weiter erprobt und entwickelt wird.

Neben den Spielen an sich kommt unter Umständen auch den digitalen Vertriebsplattformen eine rechtlich relevante Rolle zu. Mit der flächendeckenden Verfügbarkeit von Breitbandinternet und dem Verlangen nach neuen Kopierschutzmaßnahmen entstand eine Marktlücke für digitalen Verkaufsportale.

So zählt die Online-Distributionsplattform **Steam** der Firma Valve im Bereich Computerspiele zu einer der größten virtuellen Vertriebsplattformen im Internet, mit circa 75 Million aktiven Nutzern²² weltweit. Valve Corp. bietet auf ihrer Plattform jedem interessierten Anbieter von digitaler Unterhaltungssoftware eine lukrative Plattform mit nicht unerheblicher Kundenreichweite. Unternehmen, sowohl Entwickler selbst als auch Publisher von Software, können hier ihre Produkte den Kunden zum Download anbieten ohne selbst ein eigenes Vertriebsnetz aufbauen zu müssen, wohlgemerkt gilt das für digitale Lizenzen, nicht für physische Datenträger. Abrechnung und Datentransfer erfolgen über die Plattform. Daneben erlaubt diese Plattform den Spielern die Vorzüge von Onlinegemeinschaften aus dem Umfeld der Spiele und das Pflegen von Kontakten zu

21 Alex Riviello: 'Daylight' Twitch TV Chat Commands- The Full List of Known Keywords to Scare Your Friends, GameNGuide Onlineartikel vom 04.05.2014, <http://www.gamenguide.com/articles/10806/20140504/daylight-twitch-tv-commands-the-full-list-of-known-keywords-to-scare-you-friends.htm> (Zugriff: 17.06.2014)

22 Vgl.: Valve Corp.(Hrsg.) SteamDevDays, 2014; <http://steamdb.info/static/img/blog/42/activeusers.jpg> (Zugriff: 16.06.2014)

anderen Spielern in der Art eines Kontaktnetzwerks, sowie das Verwalten ihrer Spiele und Nutzerdaten.

Steam sticht neben diesen Angeboten aber auch noch auf Grund anderer Möglichkeiten hervor. So bietet die Plattform mit dem Steam Workshop auch die Möglichkeit, bei einer Reihe von bestimmten Produkten, von Spielern erstellte Inhalte zu veröffentlichen und anderen Nutzern zugänglich zu machen und darunter auch kommerziell zu verwerten.²³ Zu beachten ist natürlich das Steam hierbei für fremde Produkte nur eine Distributions-Infrastruktur im Rahmen einer Dienstleistung bereitstellt, nicht zu verwechseln mit der Position eines Publishers, also Verlegers.

Plattformen mit einem ähnlichen Angebot sind die hauseigenen Vertriebsportale der Publisher Electronic Arts Corp. mit **Origin** sowie von Ubisoft Entertainment S.A. mit **UPlay**. Eigenständige Plattformen mit vergleichbarem Angebot finden sich etwa bei **DesuraNET** oder **GOG.com**.

Wie bereits angemerkt kann es auch hier im Rahmen von gemeinschaftlich geteilter Kommunikation und Nutzerinhalten zu Situationen mit juristischen Konsequenzen

²³ Vgl.: Valve Corp.(Hrsg.): Über den Steam Workshop, <http://steamcommunity.com/workshop/workshopsubmitinfo/> (Zugriff: 16.06.2014)

III. Die Störerhaftung

Die sogenannte Störerhaftung kann als richterliche Rechtsfortbildung aus dem Sachrecht gesehen werden. Als Rechtskonstrukt ist es zwar formaljuristisch gesehen funktional, in der Praxis jedoch, vor allem im noch jungen Bereich des Internetrechts und dem Telemediengesetz, recht streitbar.

Dies wird auch am Beispiel der Linkhaftung, einer artverwandten Problematik sichtbar.

Es gibt verschiedene Ansätze die Störerhaftung auszulegen, weshalb auch Gerichte zu unterschiedlichen Urteilen und Strafmaßen in Fällen der Störerhaftung kommen.

Eine Störerhaftung kommt, vereinfacht gesagt, dann zum Tragen wenn ein Telemediendiensteanbieter fremde Inhalte im Netz anbietet die rechtswidrig sind, er haftet stellvertretend für die Verbreitung dieser Inhalte, nicht jedoch unbedingt für die Inhalte selbst.

Eine Störerhaftung trifft daher in erster Linie Anbieter von Infrastrukturen im Internet. Eine Ausnahme stellt hier dabei jene Instanz dar die nur für die Datenübermittlung zuständig ist also den Zugang zum Internet selbst bereitstellt, diese genießt ein Providerprivileg im Telemediengesetz.

1. Rechtliche Grundlagen der Störerhaftung

Die Störerhaftung ergibt sich aus dem Rechtsbegriff des sogenannten Störers. Wie Frank Fechner in seinem Buch *Medienrecht* schreibt²⁴:

„Eine weitere, für die im Internet bedeutende Anspruchsgrundlage ist die sogenannte Störerhaftung §1004 BGB. [...] Die Anspruchsgrundlage wurde von der Rechtsprechung auf das privatrechtliche Internetrecht übertragen [...] und in verschiedenen Entscheidungen vom BGH bestätigt.“

Hiermit ergibt sich also die juristische Grundlage für das Rechtskonstrukt der Störerhaftung, es finde eine analoge Auslegung des § 1004 aus dem Sachrecht auf andere Rechtsbereiche wie das Internetrecht, aber auch andere wie zum Beispiel das Persönlichkeitsrecht statt.

Weiter heißt es bei Fechner:

„Die Störerhaftung kann eingreifen, wenn der Anspruchsgegner nicht selbst eine Rechtsverletzung begangen hat und als Teilnehmer ausscheidet, wenn er allerdings die Rechtsverletzung durch Dritte erst ermöglicht hat,[..]. Hierfür muss der Störer einen willentlich und adäquat-kausalen Beitrag zur Verletzung des geschützten Rechtsgutes geleistet haben.“

Als Störer gilt also, vereinfacht ausgedrückt, jemand der als Dritter wissentlich oder sachlich zu einer Rechtsverletzung beiträgt, das heißt auch wenn die Handlung des Störers an sich keine Verletzung eines Rechts anderer ist, kann sie dennoch strafbar sein wenn sie eine Rechtsverletzung begünstigt oder die Wahrnehmung von Rechten anderer behindert.²⁵ Als solcher kann man daher auf Unterlassung in Anspruch genommen werden. Damit stellt sich jedoch nur die momentan angenommene Grundlage dar, welche von Juristen nicht ohne Kritik betrachtet wird.

24
25

Vgl.: Fechner, Frank: *Medienrecht*, Stuttgart 2012; S. 362 ff.
Vgl.: BGB Buch 3, Abschnitt 3, §1004 Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch

2. Prüfungspflichten der Betreiber

Hinsichtlich der Prüfungspflichten von Betreibern der Medienteledienste gibt es in den entsprechenden Gesetzen zunächst einige widersprüchliche Festlegungen.

Die im Jahr 2009 beim Verlag C.H. Beck in München als Gesamtwerk erschienene Dissertation von Dr. Alexander Hartmann „Unterlassungsansprüche im Internet: Störerhaftung für nutzergenerierte Inhalte“ befasst sich maßgeblich mit der Problematik der Störerhaftung im Internet, so auch mit dem Problem der Prüfungspflichten.

Wie Hartmann in der Einleitung zum 5. Kapitel, Seite 151, ausführt:

Die Störerhaftung steht im Internet unter besonderen Vorzeichen, die eine gesonderte Behandlung der bestehenden Wechselwirkungen rechtfertigen. Zunächst werden nämlich die allgemeinen Haftungsregeln und Zurechnungsvorschriften [...] durch spezielle Regelwerke des Telemedienrechts ergänzt und überlagert. Dieses Zusammenspiel der Regelungskomplexe ist allerdings weithin unkoordiniert, weil die Haftungssystematik des TMG keinen terminologischen Bezug zur allgemeinen Störerhaftungsdogmatik, insbesondere zum von der Rechtsprechung entwickelten Institut der Prüfungspflichten, erkennen lässt. Begriffliche und dogmatische Unklarheiten führen im Ergebnis nicht selten dazu, dass ganze Problemkomplexe [...] in verschiedenen Darstellungen des geltenden Rechts an unterschiedlichen systematischen Positionen behandelt werden oder gänzlich unberücksichtigt bleiben.

Darüber hinaus ergeben sich Besonderheiten für die Störerhaftung im Internet aus den technischen Spezifika des unkörperlichen Datenverkehrs, die sich nicht nur in besonderen Verletzungspotentialen, sondern auch besonderen Prüfungs- und damit Verletzungsverhütungsmöglichkeiten [...] niederschlagen. Insbesondere Art und Umfang der Prüfungsmöglichkeiten des als Störer in Anspruch Genommenen spielen deshalb für die Verantwortlichkeitszuweisung im Internet eine entscheidende Rolle.

Dieser Widerspruch wird auch in einem Urteil des BGH vom 15.8.2013, I ZR 80/12, (Tz. 30); anerkannt. Wie auch Hartmann wird der Widerspruch im Telemediengesetz selbst benannt:

Einer allgemeinen Prüfungspflicht von Diensteanbietern im Sinne der §§ 8 bis 10 TMG ... steht § 7 Abs. 2 Satz 1 TMG entgegen. Danach sind Diensteanbieter nicht verpflichtet, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige Tätigkeit hindeuten. Nach dieser Vorschrift, die auf Art. 15 Abs. 1 der Richtlinie 2000/31/EG über den elektronischen Geschäftsverkehr beruht, sind Überwachungspflichten allgemeiner Art ausgeschlossen. Nicht ausgeschlossen sind dagegen Überwachungspflichten in spezifischen Fällen.

Es wird hier jedoch deutlich das man den Anbietern von Telemediendiensten keine allgemeine Prüfpflicht auferlegt. Dies bedeutet ferner das jedoch eine anlassgebundene Prüfpflicht besteht.

So kommt auch Hartmann zu dem Schluss:

Spezifische Überwachungspflichten setzen darüber hinaus nicht zwingend eine bereits erfolgte Verletzung voraus. „Anlass“ für nichtallgemeine Überwachungspflichten können namentlich auch besondere Gefährdungslagen sein, die zum Entstehen spezifischer, auf diese besondere Gefährdungslage bezogenen Überwachungspflichten führen.

Damit ist festgesetzt das eine Prüfungspflicht nur ab **Kenntniserlangung** eintritt.

Kenntniserlangung

Doch in welchem Rahmen entstehen diese spezifischen Prüfungspflichten durch Kenntniserlangung?

Grundsätzlich existieren die Pflicht nach dem Erhalt eines Hinweises auf eine Straftat zur Veranlassung spezieller Inhaltsprüfungen. So Urteilt der BGH im Urteil vom 17.8.2011, I ZR 57/09, Tz. 36; „Stiftparfum“. Dort stellt das Gericht fest:

Für die Offenkundigkeit einer mitgeteilten Rechtsverletzung kommt es nicht auf den formellen Gesichtspunkt an, aus welcher Erkenntnisquelle sich die Rechtsverletzung kennzeichnenden tatsächlichen und rechtlichen Umstände entnehmen lassen, sondern allein darauf, ob diese Umstände zur Kenntnis der Beklagten gelangen und für sie un-schwer zu erkennen und zu bewerten sind.

Es reicht also ein konkreter, informeller Hinweis an die zuständigen Betreuer einer Internetplattform das ein Rechtsverstoß vorliegt. Als solche zuständige Person gilt mindestens eine im Impressum angegeben Person.

Daneben lässt sich hierfür der Verdacht rechtswidriger Tätigkeiten anführen, wie im BGH-Urteil „File-Hosting-Dienst“ dargelegt.²⁶ Dieses geht davon das es in bestimmten Situation schon vor dem eigentlichen Zustandekommen eines Rechtsverstoßes eine erkennbare Prädestinierung für diese im Rahmen des angebotenen Telemediendienstes geben kann, welche der Betreiber auch als solche zu erkennen habe:

Weitergehende Prüfungspflichten können bei einer besonderen Gefahreneigtheit des angebotenen Dienstes bestehen. Eine solche ist anzunehmen, wenn das Geschäftsmodell von vornherein auf Rechtsverletzungen durch die Nutzer angelegt ist oder der Gewerbetreibende durch eigene Maßnahmen die Gefahr einer rechtsverletzenden Nutzung fördert.

Das bedeutet das bestimmte Mediendienste in eine Gefährdungsgruppe fallen und es dort mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit zu Rechtsbrüchen durch die Nutzer kommen kann. Prinzipiell gesehen kann hierzu jedoch jedes Onlineportal zählen, dass den Benutzern irgendeine Interaktionsmöglichkeit bietet. Durch den Ausschluss einer proaktiven, generellen Prüfungspflicht bleibt Allerdings offen worauf sich diese *weitergehenden Prüfungspflichten* beziehen.

3. Rechtswidrige Inhalte

Als rechtswidrige Inhalte können diverse, nach dem Strafgesetzbuch festgelegte Äußerungen, aber auch andere Inhalte, als Tatbestände gelten.

Im Einzelnen als relevant sind Inhalte nach folgenden Paragraphen zu sehen, da es hier, aufgrund ihrer Bedeutung im Jugendmedienschutz, zu einem unbedingten Verbreitungsverbot kommt:²⁷

§§ 80 - 358 StGB

1. Abschnitt

Friedensverrat, Hochverrat und Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates (§§ 80 - 92b)

- § 86 (Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen)
- § 86a (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen)

6. Abschnitt

Widerstand gegen die Staatsgewalt (§§ 110 - 122)

- § 111 (Öffentliche Aufforderung zu Straftaten)

7. Abschnitt

Straftaten gegen die öffentliche Ordnung (§§ 123 - 145d)

- § 129 (Bildung krimineller Vereinigungen)
- § 129a (Bildung terroristischer Vereinigungen)
- § 130 (Volksverhetzung)
- § 130a (Anleitung zu Straftaten)
- § 131 (Gewaltdarstellung)
- § 140 (Belohnung und Billigung von Straftaten)

11. Abschnitt

Straftaten, welche sich auf Religion und Weltanschauung beziehen (§§ 166 - 168)

- § 166 (Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen)

13. Abschnitt

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (§§ 174 - 184g)

- § 184 (Verbreitung pornographischer Schriften)
- § 184a (Verbreitung gewalt- oder tierpornographischer Schriften)

²⁷ Vgl.: Wikipedia(Hrsg.): Jugendmedienschutz, <http://de.wikipedia.org/wiki/Jugendmedienschutz> (Zugriff: 22.06.2014)

14. Abschnitt

Beleidigung (§§ 185 - 200)

- § 185 (*Beleidigung*)
- § 186 (*Üble Nachrede*)
- § 187 (*Verleumdung*)
- § 188 (*Üble Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens*)
- § 189 (*Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener*)

25. Abschnitt

Strafbarer Eigennutz (§§ 284 - 297)

- § 284 (*Unerlaubte Veranstaltung eines Glücksspiels*)

Auch wenn nicht alle Straftatsbestände im Internet begehbar sind so bleiben sie jedoch auf Grund von § 111 StGB, also der öffentlichen Anstiftung zu jenen, strafbar. Die Zulässigkeit von digitalen Daten als „Schriften“, wie sie im Gesetzestext benannt werden, wird mit § 11 Absatz 3 entsprochen.

Neben dem Strafgesetzbuch kommen auch noch andere Gesetze für rechtswidrige Inhalte in Frage. So spielen das Urheberrechtsgesetz sowie das Wettbewerbsrecht eine Rolle, vor allem im Hinblick auf die File- und Sharehoster.

Insbesondere wird hier häufig gegen das Vervielfältigungsrecht nach dem § 16 UrhG verstoßen:

(1) Das Vervielfältigungsrecht ist das Recht, Vervielfältigungsstücke des Werkes herzustellen, gleichviel ob vorübergehend oder dauerhaft, in welchem Verfahren und in welcher Zahl.

(2) Eine Vervielfältigung ist auch die Übertragung des Werkes auf Vorrichtungen zur wiederholbaren Wiedergabe von Bild- oder Tonfolgen (Bild- oder Tonträger), gleichviel, ob es sich um die Aufnahme einer Wiedergabe des Werkes auf einen Bild- oder Tonträger oder um die Übertragung des Werkes von einem Bild- oder Tonträger auf einen anderen handelt

Da das Recht auf Vervielfältigung meist strengen Vertragsregelungen für die Werke enthält ist das Verbreiten von Kopien eines Werkes mithilfe einer geeigneten Onlineplattform illegal. Es eröffnen sich daher unter Umständen weitergehende Prüfungspflichten die proaktive Präventionsmaßnahmen zur Vermeidung einer Störerhaftung bedingen.

Perpetuieren der Störung

Ein besonderer Aspekt der Rechtsverletzung, der im Rahmen einer Störerhaftung, Relevanz besitzt, ist dass eine Perpetuierung des rechtswidrigen Zustandes vorliegt. Es muss ein andauernder Zustand der Störung eintreten, der einen Grad an Nachhaltigkeit aufweist.

Dies wird verdeutlicht durch das Urteil des BGH vom 27. März 2007, Az. VI ZR 101/06:

[...] Die Revision weist zu Recht darauf hin, dass die für Live-Sendungen in Rundfunk und Fernsehen geltende mediale Privilegierung sich nicht auf Wiederholungen erstrecken kann, da dem Veranstalter hier die Möglichkeit offen steht, die (erneute) Verbreitung von Äußerungen Dritter zu verhindern [...]. Entsprechendes gilt für Internetforen, sofern dem Betreiber - wie vorliegend unstreitig - die erfolgte Rechtsverletzung bekannt ist. In dem Unterlassen, einen als unzulässig erkannten Beitrag zu entfernen, liegt eine der Wiederholung einer Rundfunk- oder Fernsehaufzeichnung vergleichbare Perpetuierung der Verletzung des Persönlichkeitsrechts des Betroffenen. Der Betreiber eines Internetforums ist "Herr des Angebots" und verfügt deshalb vorrangig über den rechtlichen und tatsächlichen Zugriff. Internetangebote sind [...] dem nachträglichen Zugriff des Anbieters in keiner Weise entzogen. Auch wenn von ihm keine Prüfpflichten verletzt werden, so ist er doch nach allgemeinem Zivilrecht zur Beseitigung und damit zur Unterlassung künftiger Rechtsverletzungen verpflichtet (Jürgens/Köster, AfP 2006, 219, 222).

Es ist abzusehen dass der, durch das Medium fortgetragen, Zustand der also ein Recht, stört sich über den bloßen Augenblick des Ereignisses manifestieren muss. Man kann davon ausgehen dass dies bei fast allen Medienplattformen im Internet der Fall ist.

Eine technische Diskrepanz kann man hier bei den Mitteln der Echtzeitkommunikation ausmachen. Hier sind die geteilten Inhalte in der Regel nicht mehr für nachfolgende Teilnehmer abrufbar, ausgenommen es wird absichtlich dafür Sorge getragen. Hier ist dann wiederum abzuwägen über welche Mittel und Wege dies geschieht und welche Beziehung der Betreiber dazu hat.

So verfügen die meisten dieser Kommunikationsplattformen wie Chats etc. über Protokollierungsfunktionen um, entweder automatisch oder durch Bestätigung des Benutzers bzw. Betreibers, die Kommunikation nachhaltig festzuhalten. Diese Aufzeichnungen können entweder auf Seiten des Benutzers stattfinden (clientseitig) oder auf seitens des Betreibers, falls die technische Umsetzung eine zentrale Schnittstelle vorsieht (serverseitig).²⁸ Diese Protokollierung sind in der Regel jedoch dem jeweiligen Besitzer vorbehalten. Eine Verbreitung oder Veröffentlichung würde demnach einer bewussten Handlung, nicht unbedingt jedoch auch ein Unrechtsbewusstsein, bedürfen.

Es stellt sich hier auch die Frage inwieweit eine Rechtsverletzung vorliegt, wenn rechtswidrige Inhalte, oder Hyperlinks zu solchen, zwar nicht öffentlich perpetuiert, jedoch in

²⁸ Vgl.: Grundlagen Netzwerktechnik , Abschnitt Peer-to-Peer-Architektur und Client-Server-Architektur, Elektronik-Kompodium.de, 2014; <http://www.elektronik-kompodium.de/sites/net/0503271.htm> (Zugriff: 22.06.2014)

solchen Protokollierungen zu finden sind. Seitens der Rechtsprechung wird hier ein situationsbezogenes, kontextabhängiges Beurteilen der Lage bevorzugt, es existieren also keine direkten Regelungen für diese Situation. Man kann jedoch davon ausgehen dass, da Betreiber von Telemediendiensten zur Vorratsdatenspeicherung angehalten sind, es sich in so einem Fall wohl um keine Straftat von Seiten des Betreibers handelt.²⁹ Die Situation bei Privatpersonen ist jedoch nicht geklärt.

Im Hinblick auf eine Perpetuierung muss also festgehalten werden dass diese mindestens genauso öffentlich wie nachhaltig sein muss.

IV. Maßnahmen zur Vermeidung

Ein Handlungsgebot besteht für die Betreiber von Onlineportalen nicht nur aus reinem Selbstschutz. Vielmehr wird deutlich, dass durch das einschreiten gegen rechtlich zu Beanstandenden Inhalt der Betreiber auch die Rechte anderer schützt, die durch die Verbreitung des Inhalts Schaden nehmen können.

Allgemein werden den Betreibern von Onlineportalen in der Regel daher Prüfpflichten zugemutet, welche sie wahrzunehmen haben, um sich rechtlich gegen Haftungsansprüche abzusichern.

Es bestehen allerdings noch andere Maßnahmen, mit denen Betreiber von Onlineportalen sich gegen Haftungsansprüche, zumindest teilweise, absichern, beziehungsweise deren Auftreten einschränken können.

Diese existierten bereits vor dem Auftreten der Störerhaftung und stammen zum Teil aus Handels- bzw. dem Vertragsrecht, wie zum Beispiel die Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Diese haben die Aufgabe, zum Beispiel den Umfang und die gebotenen Leistungen eines Angebotes näher einzugrenzen.

Eine weitere Maßnahme ist die Haftungsbeschränkung, eine Erklärung, die etwaige Haftungsgründe zwischen Vertragsparteien reduziert. Diese können helfen, die Verantwortlichkeit für Inhalte festzulegen. Problematisch ist hierbei allerdings, dass speziell das Setzen von Hyperlinks nicht hinreichend geregelt ist und eine Haftungsbeschränkung nicht ausreicht, um sich in so einem Fall abzusichern.

Die wohl wichtigsten Methoden beinhalten das Eingreifen eines humanen Korrektivs in der Form von Moderatoren und Aufsichtspersonen, die Inhalte auf Grundlage von Hinweisen hin prüfen und gegebenenfalls löschen oder anderweitige Maßnahmen ergreifen. Aber auch die Community, also der Kreis der Benutzer selbst, kann hier als Werkzeug mobilisiert werden. Durch das Einbinden der Nutzer kann eine Art selbstregulierendes System geschaffen werden, was selbstständig eine Qualitätskontrolle im Eigeninteresse durchführt.

Nicht zuletzt lassen sich auch moderne Suchalgorithmen für das Aufspüren von kritischen Inhalten benutzen. Größter Anwendungsbereich ist hier die textgebundene Suche. In Verbindung mit automatischen Maßnahmen lassen sich dadurch viele Problemquellen vorbeugen.

1. Allgemeine Geschäftsbedingungen

Die Allgemeine Geschäftsbedingungen beschreiben alle Vertragsbedingungen die vorformuliert wurden und sich daher von Einzelabreden, also individuellen Abmachungen zwischen Vertragspartnern, unterscheiden.³⁰

Diese AGBs sind relevant für alle Aspekte der Interaktion zwischen Nutzer und Anbieter eines Onlineangebotes, sie regeln die Art der Nutzung, den Umfang und die Verantwortlichkeiten der jeweiligen Vertragsparteien. AGBs können auch als Nutzungsbestimmungen für die Benutzung von Webseiten gehandhabt werden. AGBs sind darüber hinaus vor ihrer Verwendung auf ihre Rechtmäßigkeit hin prüfen zu lassen.³¹ Außerdem entscheidend für die Wirksamkeit für AGBs ist die Einbeziehung aller Vertragsparteien, es ist keine stillschweigende Akzeptanz der Vertragsbedingungen möglich, vor dem Abschluss des Vertrages muss ein etwaiger Vertragspartner im vollen Umfang aufgeklärt werden und sein Einverständnis geben.

AGBs dienen im Falle von Onlineangeboten den Umfang der gebotenen Leistung, meist im Sinne eines Verbrauchervertrages, zu regeln. Es wird eine Erklärung über die Rechten und Pflichten beider Vertragsparteien abgegeben um jeweilige Befugnisse im Rahmen des Angebotes festlegen. Das bedeutet in der Regel auch eine Haftungsprivilegierung für den Betreiber eines Onlineportals in dem er die Verantwortung für die von den Benutzern erstellten Inhalte einschränkt. Gleichzeitig sichert er sich meist ein Hoheitsrecht im Sinne des Hausrechts zu.³² Dies ist nötig zur Ausübung der administrativen Verpflichtungen des Betreibers gegenüber seines Onlineangebotes. So stellt das Hausrecht zum Beispiel die rechtliche Handhaben zum Löschen von Beiträgen oder Sperren von Benutzern auf der Plattform dar.

Für die Problematik der Störerhaftung sind AGBs deshalb interessant da sie eine gewisse Verbindlichkeit bei der Regelung von Zuständigkeit und Verantwortung zwischen Anbieter und Nutzer eines Internetportals bieten. So kann der Betreiber Einschränkungen und Kriterien im Umgang mit der Plattform und für die von den Nutzern ausgeübte Interaktion erheben, zu deren Einhaltung diese sich mit dem akzeptieren des Nutzungsbestimmungen, also der AGBs, verpflichten.

Da es eine recht hohe Bandbreite von strafrechtlichen Handlungen und Inhalten gibt, gilt es Sorge zu tragen dass die Nutzungsbestimmungen dahingehen weitreichend ausformuliert wurden. Die entsprechenden Klauseln der AGBs sollten also etwa nach den Kriterien des Strafgesetzbuches gestaltet werden um die dortigen Verbreitungsverbote zu berücksichtigen.

Da AGBs als Vertragsbestandteil und der Vertragsabschluss an sich überhaupt Gültigkeit besitzen sollte auch ein Mindestalter für den Vertragsabschluss festgelegt werden,

³⁰ Vgl.: §305 BGB der BRD

³¹ Vgl.: §§307 – 309 BGB der BRD

³² Vgl.: Urteil des (LG München I vom 25. Oktober 2006, Az. 30 O 11973/05

eventuelle Besonderheiten die zum Beispiel den Inhalt des Onlineangebotes betreffen sind hier zu berücksichtigen. Die Nutzer sollten sich im Rahmen der AGBs also zum Wahrheitsgehalt bei personenbezogenen Daten verpflichten, da somit die Verantwortung bei widerrechtlicher Nutzung des Angebotes, im Sinne des Jugendschutzes zum Beispiel, auf die betrügerische Vertragspartei zurückfällt.

Mit in den Nutzungsbestimmungen festgelegten Richtlinien für benutzergenerierte Inhalte ergibt sich also eine Handhabe für den Fall eines Rechtsverstoßes. Um dies möglichst Wirksam durchzusetzen ist geboten das die AGBs möglichst einfach für jeden Nutzer einzusehen sind, das heißt ähnlich dem Impressum möglichst zu jedem Zeitpunkt seiner Interaktion mit der Plattform zugänglich und auffindbar.

Eine spezielle Bedeutung innerhalb der AGBs kommt dem Haftungsausschluss zu.

2. Haftungsausschluss

Die Haftungsbeschränkung, auch Haftungsausschluss genannt, ist eine in seiner ursprünglichen Form durchaus rechtsgültige Maßnahme um bei einem Vertragsabschluss den Haftungsumfang einzugrenzen. Diese Rechtstauglichkeit hat sich im Internetrecht jedoch nicht umfassend bewährt da die Haftung für Hyperlinks und andere Inhalte kaum einheitlich geregelt ist.

Haftungsbeschränkungen sind üblicherweise der Allgemeinen Geschäftsbedingungen und regeln die und Selbstverantwortlichkeit für das Handeln der jeweiligen Vertragspartei. Damit kann festgelegt werden das Nutzer eines Onlineportals für Fehlverhalten zur Rechenschaft gezogen wird. Dies funktioniert jedoch nicht uneingeschränkt. Speziell wenn in einem Fall dem Betreiber eines Onlineportals Kenntnis und Untätigkeit nachgewiesen werden kann ist hier eine Mitschuld am begangenen Rechtsverstoß und Haftbarkeit im Rahmen einer Störerhaftung durchaus möglich.

Ein Haftungsausschluss ist daher keine Art von Freifahrtschein für den Betreiber, er hilft lediglich die Fronten zu klären.

Ein Haftungsausschluss kann zum Beispiel auf §8 Abs. 1 des TMG aufgebaut werden:

(1) Diensteanbieter sind für fremde Informationen, die sie in einem Kommunikationsnetz übermitteln oder zu denen sie den Zugang zur Nutzung vermitteln, nicht verantwortlich, sofern sie

- 1. die Übermittlung nicht veranlasst,*
- 2. den Adressaten der übermittelten Informationen nicht ausgewählt und*
- 3. die übermittelten Informationen nicht ausgewählt oder verändert haben.*

Satz 1 findet keine Anwendung, wenn der Diensteanbieter absichtlich mit einem Nutzer seines Dienstes zusammenarbeitet, um rechtswidrige Handlungen zu begehen.

Hieraus ergibt sich, dass die Verantwortlichkeit bei demjenigen liegt der die Information ausgewählt und weitergeleitet, also auf dem Onlineportal angebracht hat. Sofern also der Betreiber, auch in Stellvertretung durch von ihm Befugte Personen, nicht selbst der Ersteller von rechtlich bedenklichen Inhalten ist oder sie auf der Website anbringt, sondern ein Nutzer, obliegen ihm auch keine Prüfpflichten oder die Verantwortung für diese. Dieser Grundsatz kann vom §7 Abs.2 des TMG hergeleitet werden:

(2) Diensteanbieter im Sinne der §§ 8 bis 10 sind nicht verpflichtet, die von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu überwachen oder nach Umständen zu forschen, die auf eine rechtswidrige Tätigkeit hinweisen. Verpflichtungen zur Entfernung oder Sperrung der Nutzung von Informationen nach den allgemeinen Gesetzen bleiben auch im Falle der Nichtverantwortlichkeit des Diensteanbieters nach den §§ 8 bis 10 unberührt. Das Fernmeldegeheimnis nach § 88 des Telekommunikationsgesetzes ist zu wahren.

Man sollte beachten dass dies jedoch nur Anwendung findet solange diese Inhalte sich und Informationen nicht im eigenen Einflussbereich, also der eigenen Webpräsenz befinden. Man kann davon ausgehen dass sich der Betreiber ab dann diesen Zeitpunkt zu Eigen macht und damit auch Verantwortlich.

Im Rahmen dieser Betrachtung kommt natürlich die Frage auf in wie weit das Setzen eines Hyperlinks zur Verantwortlichkeit führt. Leider gibt es im Telemediengesetz bislang keine präzise Regelung in dieser Hinsicht. In der Vergangenheit wurde versucht über spezifische Haftungsausschlüsse, meist als Disclaimer bekannt, für Inhalte bei externen Quellen die Verantwortung abzutreten. Allgemein hin gelten diese Disclaimer jedoch als rechtlich unhaltbar. In ihrer Verwendung betrafen diese bisher meist Links die vom Betreiber oder befugten Personen im Auftrag oder Sinne des Onlineauftrittes gesetzt wurden. Bei dieser Art von Nutzermachung liegt die Verantwortlichkeit über den Inhalt der verlinkten Quelle jedoch nachweisbar beim Setzer des Links, da dieser wie unter §8 Abs.1 TMG die jeweilige Information ausgewählt und deren Übermittlung veranlasst hat. Daher ist es nachvollziehbar dass hier ein von sich weihen der Verantwortung über einen Disclaimer wenig Bedeutung in einem Rechtsstreit hat.

Eine beschränkte Ausnahme bilden hier die Meinungsfreiheit³³ und das Behandeln strafbarer Inhalte im Kontext von Wissenschaft, Kunst oder Aufklärung.³⁴ Diese Ausnahmen sind jedoch mit äußerster Vorsicht zu genießen da häufig Auslegungssache und sehr schwer abzugrenzen.

Für eine Störerhaftung relevant ist jedoch eher das Setzen von Links durch selbstständige Benutzer, ohne enge Beziehung zum Betreiber, also keine Mitarbeiter oder anderweitig mit der Betreuung der Website vom Inhaber befugten Personen. Durch die Duldung von Inhalten mit strafrechtlicher Relevanz auf dem Onlineportal kann sich der Betreiber eine Mitschuld an der Verbreitung der Inhalte aneignen, sofern er darüber Kenntnis erlangt hat.

Im Falle einer Linkhaftung als Störer könnte daher ein Disclaimer durchaus von Bedeutung sein was die Verantwortlichkeit für den gesetzten Link anbelangt. Grundsätzlich sollten die AGBs eine eindeutige Regelung enthalten welche Inhalte auf der Website durch die Benutzer verbreitet werden dürfen. Ein Disclaimer bietet hier jedoch noch einmal zusätzlich die Möglichkeit gezielt den Verantwortungsbereich darzulegen.

Als technische Lösung empfiehlt es sich daher bei Hyperlinks, die den Verantwortungsbereich eines Onlineportals verlassen, eine automatische Weiterleitung zu schalten, bei der darauf hingewiesen wird dass der Inhaber der verlinkten Seite für deren Inhalt verantwortlich ist, dass das Anbringen durch den betreffenden Nutzer ihn für die Verbreitung verantwortlich macht und keine Zueigenmachung des Inhaltes durch die Webpräsenz stattfindet. Diese Aufklärung kann vor allem dann von Bedeutung sein falls die entsprechenden Informationen Dritten gegenüber zugänglich sind ohne den AGBs zuzustimmen zu müssen.

33 Vgl.: Artikel 5 GG der BRD

34 Vgl.: § 86 Abs. 3 StGB der BRD

3. Moderation und administrative Aufsicht

Zwar gibt es rechtlich einige widersprüchliche Auslegungen was die Pflichten eines Betreibers im Hinblick auf die Aufsichtspflicht im Hinblick auf die von ihm betriebene Plattform angeht, man kann jedoch davon ausgehen das im Sinne des Telemediengesetzes keine allgemeine Prüfpflicht existiert. Das heißt das nicht grundsätzlich jeder Link und jeder Inhalt der von Nutzern eingestellt wird geprüft werden muss. Geprüft werden sollte jedoch, vor allem dann wenn diese Inhalte in irgendeiner Form zum Konzept der Plattform beziehungsweise durch sie weiter verwertet werden.

Es ist zunächst abzuwägen wann eine Zueigenmachung eintritt. Hier gilt zu betrachten ob und wie der zu beanstandende Inhalt auf der Onlineplattform eingestellt wurde. Oblag es rein der Verantwortung und Handlung des Nutzers den Inhalt zu veröffentlichen oder gab es eine irgendwie geartete Überprüfung oder Freischaltung durch den Betreiber oder andere Verantwortliche? In seinem Urteil vom 12. November 2009, Az.: I ZR 166/07 legte das BGH diese Kriterien erstmals in dieser Form fest.³⁵ Zueigenmachung bedingt also zunächst einen Zeitpunkt der Kenntniserlangung, zum eine damit verbundene, spezifische Prüfpflicht.

Also ist spätestens dann Handlungsbedarf geboten wenn der Verantwortliche einer Onlineplattform in Kenntnis über den rechtlich zu beanstandenden Inhalt gesetzt wurde. Allerdings ist abzuwägen ob eine generelle Aufsicht über eingestellte Inhalte von Benutzern, auch wenn rein rechtlich gesehen keine Veranlassung besteht, nicht eventuell doch zu erwägen ist. Dieses proaktive Wahrnehmen einer Sorgfaltspflicht kann hier als Präventivmaßnahme Grundlagen für eine Störerhaftung unterbinden. Dies ist allerdings mit sehr viel Aufwand verbunden, unter anderem auch personalaufwändig. Im Falle einer geplanten Verwertung von Inhalten aus der Hand der Nutzer jedenfalls ist sie unabdingbar.

Es gilt daher zu überlegen welche Anforderungen das Onlineportal an die mit der Moderation und Revision von Inhalten mit sich bringt. Grundsätzlich fällt diese Pflicht dem Betreiber zu. Je nach Größe des Angebotes ist das jedoch nicht immer realistisch durchführbar. Neben personell Begrenzten Kapazitäten spielen auch andere Qualifikationen eine Rolle.

Daher bietet sich zunächst gibt es die Möglichkeit eigenes Personal für diese Aufgabe einzubeziehen. Für die Betreuung von Onlineangeboten gibt es zwar keine gesetzlichen Anforderungen, es haben sich im Laufe der letzten Jahre jedoch einige Berufsbilder um dieses Thema gebildet. So sind technische Kompetenzen und Objektivität für betreuendes Personal unabdingbar. Soziale Kompetenzen sind darüber hinaus vor allem bei aktivem Umgang mit den Nutzern von Belang. In vielen Fällen lassen sich hierbei, aufgrund der üblichen Vertrautheit mit der Materie, möglich geeignete Kandidaten aus

³⁵ Vgl.: Thomas Stadler: BGH zum "Zu-eigen-machen" von Inhalten im Internet, Internet-Law, 02.06.2010 <http://www.internet-law.de/2010/06/bgh-zum-zu-eigen-machen-von-inhalten-im-internet.html> (Zugriff: 22.06.2014)

dem Umfeld der Nutzer selbst zu gewinnen. Durch die Möglichkeit der Teilnahme und des Beitrags zum ordnungsgemäßen Betrieb einer Onlineportals ergibt meist für Nutzer eine ganz eigene Motivation zur Ausübung dieser Aufgaben.

Bei der Auswahl von geeigneten Kandidaten ist ein gewisser Grad von Beobachtung und Menschenkenntnis unabdingbar. Es hat sich jedoch in der Vergangenheit gezeigt dass diese Methode durchaus effektiv sein kann. Besonders im Umfeld von Diskussionsplattformen, Chatrooms und Wikis ist diese Art der Einbindung von Personal für das Wahrnehmen von Aufsichtspflichten eine gängige Praxis und lässt sich durchaus auch auf andere Onlineportale übertragen. Ein günstiger Umstand ist darüber hinaus der, dass viele diese Aufgaben ehrenamtlich übernehmen.

Natürlich bedarf es bei dieser Art von Aufsichtsmaßnahme einer Absicherung, es wird daher zwischen Betreiber und den, sowohl ehrenamtlichen als auch bezahlten, Moderatoren eine besondere Form der Nutzungsbestimmung die detailliert die besonderen Aufgaben und Befugnisse dieses Postens regelt

Neben dieser Art von institutionalisierter Moderation gibt es jedoch auch noch andere Möglichkeiten, zum Beispiel das Konzept der selbst-moderierten Gemeinschaft.³⁶ Hierbei kann man die Einbeziehung der Benutzerbasis als Ganzes in einem demokratischen Prozess der Selbstregulierung den Arbeitsaufwand einer Inhaltsprüfung stark reduzieren. Dies bedarf allerdings einiger technischer Weichenstellungen. So müssen den Benutzern technische Mittel gegeben sein, schnell und einfach ungeeignete Inhalte zumindest gezielt an den Betreiber oder Verantwortliche weiterzuleiten oder selbstverantwortlich zu sperren, idealerweise als Folge einer demokratischen Gruppenentscheidung. Die Gruppe kann so einer Störerhaftung begegnen bevor es zu einer Kenntniserlangung Seitens des Betreibers kommt.

Dieses Konzept findet besonders bei größeren Plattformen mit einem Fokus auf der Verwertung von benutzergenerierten Content breite Anwendung. Dies ist häufig der schiereren Menge an Inhalten geschuldet, dessen Durchsicht meist die Kapazität des Betreibers übersteigt. Daher bietet sich die Idee des sogenannten **Crowdsourcings** an.³⁷ Durch das Crowdsourcing, ein Kofferwort aus den englischen Begriffen *Crowd*, für Menschenmenge, und *Outsourcing*, für das „Auslagern“, der Prüfpflichten, oder zumindest einem Teil davon, kann man durch Einbeziehen der Nutzerbasis einen erheblich größeren Anteil an Inhalt einer qualitativen Kontrolle unterziehen. Die Hoheitsgewalt kann und muss hier natürlich bei den Verantwortlichen des Onlineportals liegen.

Als Beispiel kann dazu exemplarisch das von Valve Corp. eingeführte **Steam Greenlight** gesehen werden.³⁸ Dies ist ein Bewertungssystem für Spiele kleiner Entwicklerunternehmen die Spiele auf Valves Onlinevertriebsplattform anbieten wollen. Interessierte Studios können dort ihr Produkt den Nutzern von Steam präsentieren welche dann wie-

³⁶ Vgl.: Wirtschaftslexikon.co(Hrsg.): System, selbstregulierendes, <http://www.wirtschaftslexikon.co/d/system-selbstregulierendes/system-selbstregulierendes.htm> (Zugriff: 22.06. 2014)

³⁷ Jeff Howe: The Rise of Crowdsourcing, Wired (Onlineausgabe), vom 14.06.2006; <http://archive.wired.com/wired/archive/14.06/crowds.html> (Zugriff: 22.06.2014)

³⁸ Vgl.: Valve Corp.(Hrsg.): Was ist Steam Greenlight, 2014 <http://steamcommunity.com/workshop/about/?appid=765§ion=faq> (Zugriff: 22.06.2014)

derum über eine Abstimmung für eine Aufnahme in das zukünftige Angebot von Steam entscheiden oder dagegen.

Ein ähnliches Beispiel für findet sich bei dem Internetportal **Newgrounds.com**. Bei dieser Website handelt es sich um ein Portal für Kunstschaffende verschiedenster Disziplinen. Ursprünglich auf Animationsfilme und -spiele die mit Hilfe der Software Adobe Flash erstellt wurden konzipiert hat dieses Portal sich schnell weiterentwickelt. Heute bietet die Webseite neben Programmierern auch Künstlern aus den Bereichen Grafik- und Audiodesign sowie Autoren eine Präsentationsfläche. Darüber hinaus stellt Newgrounds ein Forum und ein System zur Kollaboration der Mitglieder an gemeinsamen Projekten bereit.

Hier wurde bereits sehr früh ein Bewertungssystem für die von den Benutzern eingestellten Inhalte eingeführt.³⁹ Dazu durchläuft jede Einreichung in den Bereichen Film und Spiel eine Bewertungsphase („Under Judgement“). Während dieser Phase kann jeder Nutzer mit einem Benutzerkonto den Eintrag nach einem Punktesystem bewerten. Ist nach Ablauf der Testphase ein festgelegter Richtwert unterschritten bzw. nicht erreicht worden wird der Beitrag nicht auf der Webseite veröffentlicht. Ähnliche Bewertungssysteme existieren für die eingereichte Musik- und Bildwerke. Neben dem Punktesystem zur Bewertung gibt es auch ein Kennzeichnungssystem mit dem die Autoren ihre Beiträge für die entsprechenden Altersstufen auszeichnen können. Die Einteilung folgt dabei üblichen Mustern wie der deutschen USK, europäischen PEGI oder amerikanischen ESRB, mit Abstufungen für eine alterslose Freigabe, für Jugendliche und für Volljährige. Während die Kennzeichnung für Autoren verpflichtend ist, ist die Einhaltung dieser Altersfreigaben seitens der Nutzer ist jedoch betont freiwillig.

Bei beiden Beispielen von Community-basierten Entscheidungen existieren nebenher noch offizielle, administrative Organe welche die letztendliche Entscheidungsgewalt ausüben.

Im Falle von Steam Greenlight muss ein Eintrag zum Beispiel nur im Umfang der eingereichten Präsentation von Administratoren bewertet werden. Kommt es im Nachhinein zu Beanstandungen aufgrund rechtswidriger Inhalte in einem Produkt kann so einfach nachgewiesen werden ob diese ersichtlich waren oder in betrügerischer Absicht bei der Präsentation unterschlagen wurden. Bei dem Bewertungssystem von Newgrounds existieren ebenfalls noch zuständige Stellen die im Bedarfsfall Einträge auf ihre Vertretbarkeit hin überprüfen.

Eine komplette Abtretung der Verantwortung an die Benutzerbasis ist natürlich nicht möglich. Letztendlich ist der Betreiber dennoch für die Inhalte in seinem Angebot verantwortlich. In Verbindung mit anderen regulierenden Maßnahmen stellen sie jedoch ein nicht zu unterschätzendes Hilfsmittel zur Vorbeugung bei Haftungsansprüchen dar.

³⁹ Newgrounds.com(Hrsg.): Newgrounds Wiki: Blams and Saves, <http://www.newgrounds.com/wiki/help-information/user-accounts/blams-and-saves> (Zugriff: 22.06.2014)

4. Automatische Filterverfahren

Ein weiteres dieser regulierenden Mittel sind neben menschlichen Kontrollinstanzen automatisierte Filterverfahren. Da ein Großteil der nachhaltigen Kommunikation im Internet textbasierte Inhalte sind bietet sich also eine nähere Betrachtung von technischen Einrichtungen wie automatischen Filtern und ähnlichen an. Durch solche Automatismen lassen sich ohne großen Personalaufwand große Teile eines Internetangebotes kontrollieren und auch direkt beeinflussen.

Aufgrund der Tatsache dass das Internet ein grundlegend textbasiertes Kommunikationsmedium ist, sind die am weitesten verbreiteten Filterungsverfahren sogenannte Wortfilter.

Diese Filter führen meist eine einfache Suchoperation nach einer Zeichenkette auf einen beliebigen Textabschnitt aus. Dabei kann es sich um Klartext handeln der auf einer Internetseite angezeigt wird, um Hyperlinks oder auf den Quelltext einer Website, sowie Inhalte von Dateien die übermittelt werden. Wortfilter finden sich in vielen Bereichen der Datenverarbeitung, so benutzen Mailserver Wortfilter um Werbenachrichten, sogenannten Spam, nach Schlüsselwörtern in den Betreffzeilen zu erkennen und für dem Empfänger vorzusortieren, dieser kann die unerwünschte Post dann bequem begutachten und löschen.

Eine für die Prävention von Rechtsstreitigkeiten relevante Funktion bedienen Wortfilter dadurch dass sie als Schlüsselfunktion für andere Maßnahmen dienen können. Zum Beispiel fungieren Wortfilter seit jeher zur invasiven Inhaltskorrektur. Bei dieser Methode werden Texte auf das Auftreten bestimmter Schlüsselwörter hin automatisch überprüft. Bei einem positiven Fund werden dann entsprechend ausgewählte Reaktionen eingeleitet. Häufig handelt es sich dabei um automatische Korrekturen bzw. Änderungen von Wörtern, typischerweise Schimpfwörter, Beleidigungen oder andere vulgäre Ausdrücke. So lassen sich problemlos rechtlich bedenkliche Äußerungen in vielen Kommunikationsmitteln unterbinden.

Im Zuge dieser Möglichkeiten stellt sich die Frage ob das Durchsuchen und Filtern von Nachrichten auf einem Internetportal unter Umständen gegen das Telekommunikationsgeheimnis verstößt.⁴⁰ Hierbei besteht, wie bei vielen anderen Bereichen des Internetrechts erheblicher Klärungsbedarf. So gibt es zwar Vorschriften und Verordnungen was das Überwachen der Telekommunikation von staatlicher Seite anbelangt,⁴¹ etwaige Regelungen für geschäftliche Kommunikationsdienstleister sind jedoch vage formuliert. Dennoch sieht das Gesetz Einschränkungen des Fernmeldegeheimnisses und anderer Rechte wie jenes auf informationelle Selbstbestimmung⁴² nur mit richterliche Anordnung vor.

Anzunehmen ist jedoch dass eine Weiterverarbeitung der Daten, also zum Beispiel der Korrespondenz zwischen Nutzern einer Onlineplattform, im Rahmen eines Wortfilters

40 Vgl.: §88 TKG der BRD

41 Vgl.: §100a StPO der BRD

42 Vgl.: Art. 8 der Europäischen Menschenrechtscharta

zu den in den AGBs vereinbarten Maßnahmen der Verarbeitung gehört. Dieses müsste daher ausdrücklich an entsprechender Stelle genannt werden. Als Ermächtigung kann hierbei das Hausrecht betrachtet werden. Fraglich ist jedoch in wie weit diese Praxis, in ihrer Art eine Präventivmaßnahme, mit dem Grundrecht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme⁴³, dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung und dem Telekommunikationsgeheimnis vereinbar ist.

Daneben können Wortfilter aber auch zur Prävention von Urheberrechtsverletzungen genutzt werden, zum Beispiel um Markenrechtsverletzungen vorzubeugen.⁴⁴

Als Präventivmaßnahme gibt es für eine automatische Filterung gibt es jedoch im Rahmen der gestellten Prüfpflichten keine Veranlassung. Nimmt man jedoch den flüchtigen Charakter von Echtzeitkommunikation in Betracht kann man hier bei einem Wortfilter von einer Maßnahme im Rahmen der weitergehenden Prüfungspflichten argumentieren.

Allerdings birgt ein Wortfilter auch einige technische Fallstricke. So kann es bei der Erkennung von Zeichenketten zu einem sogenannten **falsch-positiven** Ergebnis kommen. Das heißt zum Beispiel das gesuchte Schlüsselwörter bei unzureichender Spezifikation der Suchvorgaben zum etwa als Bestandteil eines anderen Wortes sein können, wo sie eine gänzlich andere Bedeutung haben. So kann unter Umständen der Ausdruck „Arsch“ im Wort „harsch“ gefunden werden.

Im englischen Sprachraum ist dieses Problem weithin unter dem Begriff *Scunthorpe*-Problem bekannt. Bei Scunthorpe handelt es sich um eine Ortschaft in England. Da das Wort den vulgären Ausdruck „cunt“ enthält, kam es 1996 im Zuge des aufkommenden Internets zu einigen Problemen bei der Registrierung von Benutzern mit ihrem Heimatort beim Internetanbieter AOL.⁴⁵

Daher ist darauf zu achten das die Filtersoftware die benutzt wird genügen präzise Einstellungsmöglichkeiten besitzt um nicht nur eine Zeichenkette zu finden sondern auch weitergehende Umstände analysieren und falsche Positiva ausschließen kann.

Neben den Wortfiltern existieren noch weitere Filteralgorithmen, so lassen sich zum Beispiel Bilder zumindest auf Ähnlichkeit zueinander hin abgleichen. Die Internetsuchmaschine Google bietet zum Beispiel diese Funktion seit 2011 an. Hier kann ein Bild als Hyperlink-Ziel oder Datei angegeben werden, dieses wird analysiert und anschließend eine Liste mit Ergebnissen für ähnliche oder gleiche Bilder sowie Webseiten mit passenden Bildern.⁴⁶

Ein weitere Verwendungszweck ist das Ermittlung bei Plagiaten im Netz. Allerdings sind auch hier negative Positiva zu erwarten, der Einsatz von Filtern in Verbindung mit reverser Bildersuche sollte also mit Vorsicht angewendet werden.

43 Vgl.: Urteil des BVerfG, 1 BvR 370/07; 1 BvR 595/07 vom 27.2.2008

44 Vgl.: Jens Ferner: Markenrecht: Betreiber einer Internethandelsplattform muss weitgehenden Wortfilter einsetzen, Anwaltskanzlei Ferner, Dezember 2013; <https://www.jusmeum.de/blog-anwaltskanzlei-ferner-100/markenrecht-betreiber-einer-22179> (Zugriff: 22.06.2014)

45 Keith Lee: The End of Permanence: The Scunthorpe Problem, Associated Minds, 04.06.2012; <http://associatesmind.com/2012/06/04/the-end-of-permanence-the-scunthorpe-problem> (Zugriff: 22.06.2014)

46 Google(Hrsg.): Suche anhand von Bildern, Google Websuche-Hilfe, 2014; <https://support.google.com/websearch/answer/1325808?p=searchbyimagepage&hl=de> (Zugriff: 22.06.2014)

V. Abwägungen zur Zensur

Die Frage ob Eingriffe Seitens des Betreiber eines Telemediendienstes in die Kommunikation seiner Nutzereinen Eingriff in die Meinungsfreiheit darstellen lässt sich nach abschließender Betrachtung der Grundlagen für dieses Eingreifen und der Gründe verneinen. Dennoch ist ein Missbrauch dieser Möglichkeiten durch den Ausübenden ist kritikwürdig, wie jedem anderen Falle von Machtmissbrauch auch.

Der Begriff der Zensur findet allerdings fast ausschließlich im Hinblick auf staatliche Informationskontrolle und -beeinflussung statt. Im Privatrecht scheint er nicht zu existieren.

Das Recht auf Freie Meinungsäußerung wird in Deutschland allgemein durch den 5. Artikel, Absatz 1 im Grundgesetz geregelt. Darüber hinaus finden sich analoge Artikel in der Europäischen Menschenrechtskonvention⁴⁷, der Charta der Grundrechte der Europäischen Union⁴⁸ und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte⁴⁹.

Dieses Grundgesetz gesteht jedem Menschen die Freiheit zu, seine Meinung sagen zu dürfen. Dies schließt auch Kritik an geäußelter Meinung ein. Darüber hinaus sind jeder Freiheit Grenzen durch die Freiheit anderer Menschen gesetzt. So schränkt der zweite Absatz des fünften Artikels des Deutschen Grundgesetzes diese bereits durch die Grenzen anderer Gesetze und Regelungen ein.

Wo Äußerungen also die Rechte, zum Beispiel die Persönlichkeitsrechte, anderer tangieren finden eben auch Rechte wie das zur freien Entfaltung der Persönlichkeit, samt dem Recht zu Sagen was man will, ihre Grenzen.

Daher kann festgehalten werden das eine Informationsbearbeitung im Sinne einer Vermeidung einer Störerhaftung keine Zensur darstellt, das Recht auf Meinungsäußerung wird durch eine räumliche Einschränkung, die solche Maßnahmen auf der Plattform eines Telemediendiensteanbieters darstellen, nicht verletzt.

Ein weiteres Argument das gegen Vorwurf von Zensur spricht, beruht auf der Tatsache das sich die Kommunikation im Rahmen eines Telemediendienstes im Hoheitsgebiet des Diensteanbieters stattfindet. Er hat, wie im entsprechenden Abschnitt bereits dargelegt das Hausrecht.

Durch diese Verfügungsgewalt steht dem Betreiber also ein Urteil nach Gutdünken zu. Dieser Umstand wird in den AGBs durch eine Darlegung der Befugnisse des Betreibers verdeutlicht, durch das Akzeptieren dieser entsteht eine Einverständniserklärung mit dieser Art der Informationsverarbeitung. Sie findet also nicht gegen den erklärten Willen des Nutzers statt.

Das Wahrnehmen der Prüfungspflichten und des Handlungsgebotes zur Wahrung der eigenen Rechte und derer Anderer sind also, sofern ernsthaft und ehrlich ausgeübt, im Sinne der Benutzer und keine Zensur.

⁴⁷ Vgl.: Art. 10 EMRK

⁴⁸ Vgl.: Art. 11 EU-Charta

⁴⁹ Vgl.: Art. 19 AEMR

Literaturliste

Fechner, Frank: Medienrecht, 13. Auflage; UTB Stuttgart 2012

Dr. Alexander Hartmann: Unterlassungsansprüche im Internet: Störerhaftung für nutzer-generierte Inhalte, Verlag C.H. Beck, München 2009

Golla, Christoph: Zwölf hartnäckige Irrtümer, Die neuen „Klassiker“ juristischer Feh-leinschätzungen bei Homepages, DFN Inforbrief Recht, September 2010, http://www.dfn.de/fileadmin/3Beratung/Recht/1infobriefearchiv/DFN_Infobrief_09_10.pdf (Zugriff 24.05.2014)

Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz, Telemediengesetz (TMG), Stand 31.05.2010, www.Gesetze-im-Netz.de, <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/tmg/gesamt.pdf> (Zugriff 24.05.2014)

Onlinequellen

Ingo Pakalski: Amazon-Händler verklagt Kunden wegen negativer Bewertung, bei: golem.de vom 25.4.2014: <http://www.golem.de/news/marketplace-amazon-haend-ler-verklagt-kunden-wegen-negativer-bewertung-1404-106070.html> (Zugriff: 24.05.2014)

Jens Ihlenfeld: Nimmt das OLG Hamburg der Forenhaftung den Schrecken?, bei: golem.de vom 22.1.2009: <http://www.golem.de/0901/64763.html> (Zugriff: 24.05.2014)

Jens Ihlenfeld: Urteil: Wikimedia haftet nicht für Inhalte der Wikipedia, bei: golem.de vom 13.4.2010: <http://www.golem.de/1004/74450.html> (Zugriff: 24.05.2014)

Meike Dülffer: Witwe erwirkt einstweilige Verfügung, bei: golem.de vom 26.3.2010: <http://www.golem.de/1003/74123-2.html> (Zugriff: 24.05.2014)

Achim Sawall : Filmindustrie wird es mit Mega schwer haben, bei: golem.de vom 21.1.2013: <http://www.golem.de/news/rechtsanwalt-filmindustrie-wird-es-mit-me-ga-schwer-haben-1301-97048-2.html> (Zugriff: 24.05.2014)

Jens Ihlenfeld: Zeitung muss Daten eines Forennutzers herausgeben, bei: golem.de vom 29.1.2013: <http://www.golem.de/news/augsburger-allgemeine-zeitung-muss-dat-en-eines-forennutzers-herausgeben-1301-97206.html> (Zugriff: 24.05.2014)

Jens Ihlenfeld: Onlineredakteur muss in Beugehaft, bei: golem.de vom 6.5.2013: <http://www.golem.de/news/anonyme-nutzerdaten-onlineredakteur-muss-in-beuge-haft-1305-99101.html> (Zugriff: 24.05.2014)

Holger Bleich: Berufungsurteil schränkt Forenhaftung ein, bei: heiße online vom 22.08.2006: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Berufungsurteil-schraenkt-Foren-haftung-ein-154347.html> (Zugriff: 24.05.2014)

Joerg Heidrich: Gericht präzisiert Haftung für Betreiber von Internet-Foren, bei: heiße online vom 16.05.2003: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Gericht-praezisiert-Haftung-fuer-Betreiber-von-Internet-Foren-79251.html> (Zugriff: 24.05.2014)

Joerg Heidrich: BGH legt Urteilsbegründung in Sachen Forenhaftung vor, bei: heiße online vom 05.06.2007: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/BGH-legt-Urteilsbegrue-ndung-in-Sachen-Forenhaftung-vor-135877.html> (Zugriff: 24.05.2014)

Joerg Heidrich: LG Berlin: Betreiber haftet für rechtswidrige Inhalte in RSS-Feeds, bei: heiße online vom 25.05.2010: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/LG-Ber-lin-Betreiber-haftet-fuer-rechtswidrige-Inhalte-in-RSS-Feeds-1006624.html> (Zugriff: 24.05.2014)

Joerg Heidrich: OLG München bestätigt Link-Verbot gegen Heise, bei: heiße online vom 12.02.2006: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/OLG-Muenchen-bestaetigt-Link-Verbot-gegen-Heise-217423.html> (Zugriff: 24.05.2014)

Joerg Heidrich: Gericht bestätigt Hausrecht für Forenbetreiber, bei: heiße online vom 20.11.2008: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Gericht-bestaetigt-Haus-recht-fuer-Forenbetreiber-145205.html> (Zugriff: 02.06.2014)

o.A.: BGH konkretisiert Prüfungspflichten für Bloghoster, bei: heiße online vom 25.10.2011: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/BGH-konkretisiert-Pruefungsp-flichten-fuer-Bloghoster-1366234.html> (Zugriff: 24.05.2014)

o.A. : Forenbetreiber muss Ärztebewertung auf den Zahn fühlen, bei: heiße online vom 08.05.2012: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Urteil-Forenbetreiber-muss-Aerz-tebewertung-auf-den-Zahn-fuehlen-1570659.html> (Zugriff: 24.05.2014)

Joerg Heidrich: Bundesgerichtshof bestätigt Haftung des Admin-C, bei: heiße Net-ze vom 11.11. 2011: <http://www.heise.de/netze/meldung/Bundesgerichtshof-bestaet-igt-Haftung-des-Admin-C-1377752.html> (Zugriff: 24.05.2014)

Thomas Koch: Landgericht Nürnberg-Fürth: Internetprovider muss konkrete Beanstan-dungen eines Arztes zu einer ihn betreffenden Bewertung prüfen, Pressemitteilung 9/12, OLG Nürnberg vom 08.05.2012: <http://www.justiz.bayern.de/gericht/olg/n/presse/ar-chiv/2012/03497/index.php> (Zugriff: 24.05.2014)

Joerg Heidrich / Christoph Köster: Nutzloser Abwehrzauber - Zur Wirksamkeit von Web-Disclaimern, www.recht-im-netz.de, Juli 2004: <http://www.recht-im-internet.de/themen/disclaimer> (Zugriff: 24.05.2014)

Markus Kompa: Aktion KLEHRANLAGE, Blog zum Medienrecht, vom 29.05.2012: <http://www.kanzleikompa.de/2012/05/29/aktion-klehranlage/> (Zugriff: 24.05.2014)

Arne Trautmann: Eltern haften für ihre Kinder – Störerhaftung reloaded, LAW-BLOG: <http://www.law-blog.de/327/eltern-haften-fuer-ihre-kinder-stoererhaftung/> (Zugriff: 24.05.2014)

Philipp Otto: Die Störerhaftung: Forenbeiträge, Tauschbörsen und Markenrechtsverstöße, Blog zum Medienrecht: <http://www.e-recht24.de/artikel/haftungsinhalte/217.html> (Zugriff: 24.05.2014)

Frank Richter: Recht: Internet-Foren und Betreiberhaftung am Fallbeispiel, in: PC Magazin vom 10.09.2009: <http://www.pc-magazin.de/ratgeber/recht-internet-foren-und-betreiberhaftung-am-fallbeispiel-198373.html> (Zugriff: 24.05.2014)

Prof. Dr. Kay-Uwe Martens: Grundstrukturen der Haftung im Netz am Beispiel von Weblogs, Verwaltung.modern, 10.05.2007: <http://www.verwaltungmodern.de/index.php/grundstrukturen-der-haftung-im-netz-am-beispiel-sogenannter-weblogs/> (Zugriff: 24.05.2014)

IRC-Mania (Hrsg.): IRC-Geschichte, <http://www.irc-mania.de/?go=irc> (Zugriff: 29.05.2014)

David Woolley: PLATO: The Emergence of Online Community, Just Think of It, 10.01.1994 <http://just.thinkofit.com/plato-the-emergence-of-online-community> (Zugriff: 29.05.2014)

Anna Bernzen: Stört der EGMR die deutsche Störerhaftung?, Telemedicus, 26.03.2014 <http://www.telemedicus.info/article/2739-Stoert-der-EGMR-die-deutsche-Stoer-erhaftung.html> (Zugriff: 01.06.2014)

Philipp Otto; Schutz vor Abmahnungen - Hauptgefahr II: Haftung für rechtswidrige Nutzerkommentare, 2012, klicksafe.de Die EU-Initiative für mehr Sicherheit im Netz, <http://www.klicksafe.de/themen/downloaden/urheberrecht/irights/schutz-vor-abmahnungen/teil-3-hauptgefahr-ii-haftung-fuer-rechtswidrige-nutzerkommentare/> (Zugriff: 01.06.2014)

Kanzlei Dr. Bahr (Hrsg.); Rechts-FAQ: Recht der Neuen Medien: 11. Haftung im Internet als Mitstörer, dr-bahr.com, Kanzlei Dr. Bahr, Hamburg <http://www.dr-bahr.com/infos/rechts-faq/recht-der-neuen-medien.html> (Zugriff: 15.06.2014)

Kanzlei Schulenber und Schenk (Hrsg.): MITSTÖRER HAFTUNG IM INTERNET, sus-law.de, Rechtsanwälte Schulenber und Schenk, Hamburg; <http://sus-law.de/recht/rechts-bibliothek/mitstorer-haftung-im-internet/> (Zugriff: 15.06.2014)

Arno Lampmann; Ist der Ehrliche der Dumme? Die Störerhaftung und das gefährdete Geschäftsmodell – Die Zweite, Rechtsanwälte Lampmann, Haberkamm, Rosenbaum, 15. 12. 2010; <http://www.lhr-law.de/magazin/kurioses-und-interessantes/ist-der-ehrliche-der-dumme-die-storerhaftung-und-das-gefahrdete-geschäftsmodell-die-zweite> (Zugriff: 15.06.2015)

Stephan Ott: Zu Eigen machen eines fremden Beitrags, Links & Law, 2009 <http://www.linksandlaw.de/forenhaftung-2-zu-eigen-machen-tmg.htm> (Zugriff: 22.06.2014)

Dr. Hermann-Josef Omsels, 7. Ausnahme: Haftung für fremde Inhalte ff, Omsles.info, 2013; <http://www.omsels.info/iv-die-ansprueche-oder-was-droht-wem-von-wem/d-der-schadensersatzanspruch/aschuldner/d-internettelemedien> (Zugriff: 22.06.2014)

Anatol Stefanowitsch, XKCD: Meinungsfreiheit, Sprachlog, 19.04.2014; <http://www.sprachlog.de/2014/04/19/xkcd-meinungsfreiheit/> (Zugriff: 22.06.2014)

Supplementärliteratur

Wikipedia (Hrsg.): Forenhaftung, <http://de.wikipedia.org/wiki/Forenhaftung> (Zugriff: 24.05.2014)

Wikipedia (Hrsg.): Störerhaftung, <http://de.wikipedia.org/wiki/Störerhaftung> (Zugriff: 24.05.2014)

Wikipedia (Hrsg.): Telemedien, <http://de.wikipedia.org/wiki/Telemedien> (Zugriff: 24.05.2014)

Wikipedia (Hrsg.): Internetrecht, <http://de.wikipedia.org/wiki/Internetrecht> (Zugriff: 31.05.2014)

Wikipedia (Hrsg.): Medienrecht, <http://de.wikipedia.org/wiki/Medienrecht> (Zugriff: 31.05.2014)

Wikipedia (Hrsg.): Staatsvertrag für Rundfunk und Telemedien, http://de.wikipedia.org/wiki/Staatsvertrag_für_Rundfunk_und_Telemedien (Zugriff: 24.05.2014)

Wikipedia (Hrsg.): Jugendmedienschutz-Staatsvertrag, <http://de.wikipedia.org/wiki/Ju->

[gendmedienschutz-Staatsvertrag](#) (Zugriff: 24.05.2014)

Wikipedia (Hrsg.): Disclaimer, <http://de.wikipedia.org/wiki/Disclaimer> (Zugriff: 24.05.2014)

Wikipedia (Hrsg.): Internetrecht, <http://de.wikipedia.org/wiki/Internetrecht> (Zugriff: 24.05.2014)

Wikipedia (Hrsg.): Blog, <http://de.wikipedia.org/wiki/Blog> (Zugriff: 24.05.2014)

Wikipedia (Hrsg.): Internetforum, <http://de.wikipedia.org/wiki/Internetforum> (Zugriff: 24.05.2014)

Wikipedia (Hrsg.): Ehrenamt, <http://de.wikipedia.org/wiki/Ehrenamt> (Zugriff: 24.05.2014)

Wikipedia (Hrsg.): Instant Messaging, http://de.wikipedia.org/wiki/Instant_Messaging (Zugriff: 31.05.2014)

Wikipedia (Hrsg.): Soziales Netzwerk (Internet), http://de.wikipedia.org/wiki/Soziales_Netzwerk_%28Internet%29 (Zugriff: 31.05.2014)

Wikipedia (Hrsg.): Online Community, <http://de.wikipedia.org/wiki/Online-Community> (Zugriff: 31.05.2014)

Wikipedia (Hrsg.): Zulässigkeit von und Haftung für Hyperlinks, http://de.wikipedia.org/wiki/Zulässigkeit_von_und_Haftung_für_Hyperlinks (Zugriff: 24.05.2014)

Wikipedia (Hrsg.): Videokonferenz, <http://de.wikipedia.org/wiki/Videokonferenz> (Zugriff: 24.05.2014)

Wikipedia (Hrsg.): Liste von VoIP-Software, http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_VoIP-Software (Zugriff: 24.05.2014)

Wikipedia (Hrsg.): Chat, <http://de.wikipedia.org/wiki/Chat> (Zugriff: 24.05.2014)

Wikipedia (Hrsg.): Internet Relay Chat, http://de.wikipedia.org/wiki/Internet_Relay_Chat (Zugriff: 24.05.2014)

Wikipedia (Hrsg.): Telemediengesetz, <http://de.wikipedia.org/wiki/Telemediengesetz> (Zugriff: 31.05.2014)

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Ort, Datum

Vorname Nachname